Szocialdemokrata Part.
Aus der Geschichte der ungarlandischen Arbeiterbewegung



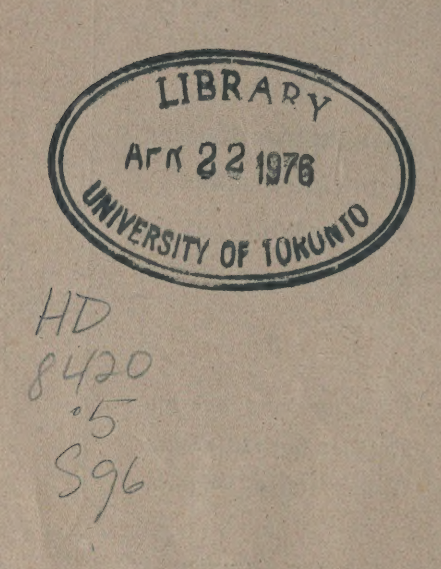
Aus der Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung.

Bericht
zum Internationalen
Sozialistischen
Arbeiterkongress in
Amsterdam 1904.

*

Erstattet vom Sekretariat der Socialdemokratischen Partei Ungarns.

BUDAPEST 1904.



870. Buchdruckerei Fried & Krakauer, Budapest.

Die wirthschaftlichen Verhältnisse Ungarns.

Wenn in allen Ländern die wirthschaftlichen Verhältnisse jene Grundlage bilden, aus der die politischen Verhältnisse, der Entwicklungsgrad und die Richtung des geistigen Fortschritts desselben Landes zu erklären sind: so erscheint die Wahrheit dieses Satzes nirgends augenfälliger, als gerade in Ungarn. Die Kultur ist eng verknüpft mit der vorherrschenden Produktionsweise und trägt in allen ihren Erscheinungen den leicht erkennbaren Stempel ihres Ursprungs.

Ungarn wird mit Recht zu den Agrikulturstaaten gezählt. 68 Perzent der Bevölkerung ist in der Landwirthschaft beschäftigt und diese bildet die Haupteinnahmsquelle des Landes. Obwohl die Vermehrung der Bevölkerung rapid vor sich geht, kann man in der ungarischen Tiefebene, im Alföld, noch immer Stunden lang wandern, ohne außer einzelnen Meiereien, Wohnstätten zu finden. Und während noch vor wenigen Jahrzehnten meilenweite Strecken unwegsam waren, kennt heute selbst der magerste Boden den Pflug.

Es scheint jedoch, daß der Fortschritt nicht ruht. Dieser Fortschritt wächst aber nur im Umfang, ohne auch an Tiefe zuzunehmen. Von einer landwirthschaftlichen Industrie kann kaum gesprochen werden. Unsere Landwirthe bebauen den Boden noch genau so, als ihre Väter vor 4—5 Generationen. Die Gattung der Produkte beschränkt sich auf eine kleine Zahl und wird vornehmlich Getreide gebaut. Das hat zur Folge, daß der größte Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung nur während eines kleinen Theils des Jahres Beschäftigung findet, die übrige Zeit aber unthätig zubringt. Was diese große Arbeitslosigkeit, die wenigstens 8 Monate umfaßt, zu bedeuten hat, können wir uns vorstellen, wenn wir wissen, daß

die Zahl der landwirthschaftlichen Arbeiter vier Millionen übersteigt. Die lange Dauer, der Arbeitslosigkeit schafft unter den Landarbeitern eine ständige Hungersnoth, die zeitweise von den Nachtheilen der exklusiven Wirthschaft gesteigert wird. Die landwirthschaftliche Bevölkerung ist der Witterung vollkommen ausgeliefert. Im vorigen Jahrhundert gab es 28 schlechte Jahre, also beinahe jedes dritte Jahr eine Mißernte.

Die Bodenvertheilung ist ebenfalls die ungünstigste. Die Auftheilung drängt hier rapid dem Ziele zu. Der Mittelbesitz ist beinahe ganz geschwunden und der noch vorhandene keucht unter riesiger Schuldenlast. Die Zahl der Wirthschaften betrachtet, bilden die Klein- und Zwergwirthschaften die Mehrheit und die Zahl der Joche betrachtet, bilden die Großbesitze die Majorität. Die Zahl der Klein- und Zwergbetriebe ist nämlich höher als zwei Millionen, während die Zahl der Großbesitzer kaum 5½ Tausend ist. Hingegen ist die Zahl der Joche beim Großbesitz 23 Millionen, beim Kleinbesitz nur 14 Millionen. 52 Perzent des gesammten Grundbesitzes ist in Händen der Großbesitzer und nur 32 Perzent in Händen der Kleinbesitzer, das Uebrige ist Mittelbesitz.

Die Produktionsweise ist — wie erwähnt — vollkommen extensiv. Die Anwendung der Maschinen schreitet wohl vorwärts, die Wirkung zeigt sich aber viel mehr an der Arbeiterschaft als an der Produktion. Es wird damit auch nicht so sehr die intensive Bearbeitung des Bodens, als die Ersparniß an Arbeitslöhnen bezweckt. Nun aber ist die Wirkung eine umso verheerendere, je weniger sich die Produktionsweise in kultureller Beziehung entwickelt. Die richtige kapitalistische Produktion umwälzt die alten Zustände, untergräbt die Lebensmöglichkeit der Arbeiter, revolutionirt aber zugleich ihre Denkweise.

In der Landwirthschaft ist es ganz anders, besonders dort, wo — wie in Ungarn — das Fortschreiten der Kultur sich nur in Aeußerlichkeiten dokumentirt. Wenn die Landwirthschaft größere Massen ständig beschäftigen würde, hätte sie auf die Arbeiter eine größere Wirkung. Die Arbeiter würden sehen, daß sie in dieser Umwälzung ein wichtiger und ständig nothwendiger Faktor sind, das

Selbstvertrauen würde sich in ihnen entwickeln und festigen, ihre Aufassung wäre eine entwickeltere, sie wären zu energischer und muthiger That rascher bereit. Was erfahren aber hier die Landarbeiter? Nur daß sie überflüssig sind, daß sie Arbeit und Brod aus Gnade erhalten. Das macht sie muthlos und unterthänig.

Es ist sprichwörtlich, daß die Landwirthe konservativ sind. Soweit sich der Satz auf die Kleinbesitzer bezieht, steckt viel Wahrheit darin, ist aber leicht erklärlich. Vom Zentrum der Entwicklung und des geistigen Lebens ständig entfernt, zum guten Theile auch der Gesellschaft ihnen gleich gestellter Leute entbehrend, ist es kein Wunder, wenn sie von der Welt zurückbleiben. Auf die landwirthschaftlichen Arbeiter paßt diese Erklärung nicht so sehr. Diese sind vom gesellschaftlichen Fortschritt nicht so abgesperrt. Sie wohnen in großen Gemeinden und verbringen Monate in großen industriellen Zentren. Bei ihnen ist der Konservativismus eher eine sich selbst aufgezwungene Auffassung, die aus ihrer unsicheren Lage entspringt. Aber der soziale Geist lebt in ihnen und sie würden es auch gerne offenbaren, doch haben sie noch keinen Muth dazu.

Trotz alledem ist die Zeit nicht mehr ferne, wo die landwirthschaftliche Arbeitskraft Ungarns ohne Rücksicht in jene große Armee eintritt, die auf der ganzen Welt einem Ziele zustrebend, die Fahnen flattern läßt. Wenn ihre ungewisse Lage sie heute vor entschlossenen und offenen Schritten zurückscheuen läßt, so wird ihre Lage bald so ungewiß, daß sie keine Behutsamkeit verdient.

Schon heute sind die landwirthschaftlichen Proletarier die reinen Sklaven der Großbesitzer. Bürgerliche Schriftsteller konstatiren erstaunt und mißbilligend, daß je umfangreicher ein Großbesitz wird, umso bettelhafter werde das Volk im Umkreis. Und doch ist das nur natürlich. Je mehr Leute für Einen verdienen, umso weniger fällt auf den einzelnen Verdienenden. Und in Ungarn sinkt die Zahl der Nichterwerbenden, also der Besitzenden immer mehr, während die Zahl der Proletarier rapid zunimmt. Die Arbeitslöhne sinken auf das Minimum. Die Lebenserhaltung wird Anfangs erschwert, dann ganz unmöglich.

Im Jahre 1875 war die Hypothekar-Schuldenlast des Grundbesitzes 410.8 Millionen Kronen, im Jahre 1891 bereits 1043.6 Millionen. Im Jahre 1876 änderte Grundbesitz im Werthe von 20.4 Millionen seinen Besitzer im Wege von Versteigerung, im Jahre 1890 bereits im Werthe von 23.8 Millionen.

In der Landwirthschaft ist der Landesdurchschnitt der Arbeitstaglöhne laut einer ministeriellen Statistik: für Männer im Frühjahr 110 Heller, im Sommer 170 Heller, im Herbst 120 Heller, im Winter 90 Heller. Diese Berechnung ist aber nicht so zu verstehen, daß auf jeden Tag die bezeichneten Summen entfallen. Drei Monate hindurch können die obigen Taglöhne verdient werden, die übrige Zeit wird gar nichts verdient.

Daraus ist zu ersehen, daß Ungarn wohl ein Getreide produzirendes Land ist, daß aber gerade deshalb ein gut Theil der Bevölkerung kein Brod hat und ständig Noth leidet. Der größte Theil des Getreides wird exportirt, hauptsächlich nach Oesterreich.

Die Industrie, in erster Reihe die Fabriksindustrie könnte wohl irgend einen Ersatz bieten, doch steht bei uns die Industrie auf sehr schwachen Füßen. Man redet wohl sehr viel von Industrieförderung, doch man verbleibt beim Reden. Die Agrarier verlangen auch nicht sehr danach, denn das könnte eine Erhöhung der landwirthschaftlichen Arbeitslöhne zur Folge haben. In Ungarn ist es übrigens nicht leicht, eine Industrie zu schaffen. Das hat tausend Gründe. In erster Reihe: Oesterreich. Es ist unleugbar, daß Ungarn ein veritabler Stapelplatz für österreichische Industrieerzeugnisse ist, während Ungarn den größten Theil seines Exports an landwirthschaftlichen Produkten in Oesterreich absetzt.

Und trotz der schwachen Industrie — größere Fabriken gibt es nur in Budapest und in wenigen Provinzstädten — wird die ungarländische Arbeiterbewegung doch hauptsächlich von der industriellen Arbeiterschaft erhalten. Warum diese gerade die geeignetsten dazu sind, das zu erörtern ist umso überflüssiger, als die Gründe im Großen und Ganzen überall die Gleichen sind.

Die politischen Parteien.

In Bezug auf bürgerliche Parteien kann bei uns nur von parlamentarischen Parteien die Rede sein. Die Bürgerschaft konstituirt nur für die Dauer der Abgeordnetenwahlen Parteien. Von Programm und Organisation ist keine Spur. Wenn die Wahlen vorüber sind, haben auch die Parteien zu existiren aufgehört.

Unter den parlamentarischen Parteien ist die größte die liberale Partei. Sie bildet die Majorität im Abgeordnetenhause und aus ihrer Mitte rekrutirt sich die Regierung. Sie ist die Partei der Großgrundbesitzer, der Großindustriellen, der Großkaufleute, mit einem Wort der Großkapitalisten. Die verschiedenen wirthschaftlichen Kategorien haben schon lange eine gewisse Spannung in ihren Reihen geschaffen, die von Jahr zu Jahr schärfer wird und endlich zu einer Explosion führen muß. Diese Partei hat übrigens ihren Zenith bereits überschritten und ist schon an dem Punkte, daß sie alle Kraft zusammen nehmen muß, einestheils, um ihre innere Organisation vor der Auflösung zu bewahren, anderntheils, um sich der äußeren Angriffe mit Erfolg zu erwähren. Ihr Hauptbestreben ist, die Regierung des Landes in Händen zu behalten, doch schwindet diese Sicherheit immer mehr.

Die Partei ist so weit gekommen, daß der Liberalismus blos ein inhaltloses Schlagwort ward. Was vom Liberalismus geschaffen wurde, ist von der liberalen Partei selbst wieder vernichtet worden. So z. B. hat die Preßfreiheit endgiltig und vollkommen aufgehört zu existiren. Es herrscht wieder die Zensur und zwar in viel böserer Form, als vor der 1848-er Revolution. Damals strich der Zensor wohl den Artikel, der Verfasser aber blieb ungeschoren.

Heute jedoch wird die Zeitung vor der Expedition in der Druckerei, oder in der Administration, oder auf der Post konfiszirt, damit wird also die Verbreitung verhindert, außerdem aber wird dem Verfasser oder dem Redakteur der Prozeß gemacht, er wird vor Gericht gestellt und zumeist auch verurtheilt, wegen Artikeln, die außer dem Staatsanwalt Niemand gelesen hat.

Ebenso wurde die Vereins- und Versammlungsfreiheit aufgehoben, respektive der Willkür der Verwaltungsbeamten ausgeliefert. Der Liberalismus muß sich über die von ihm selbst für sich geschaffenen Gesetze hinwegsetzen und versuchen, auf dem Wege der Ungesetzlichkeit sein Glück zu machen.

Das wird natürlich stets von einigen Leuten gemacht, wenn auch unter stillschweigender Zustimmung der faulen Masse. Die schwerfällige liberale Partei ist aktionsunfähig und beschränkt sich auf das Lauern, ob ihre Trabanten — vom Minister abwärts — ihrem Interesse eifrig thätig sind. Um ihre Macht im Lande zu sichern, ihren Ruf zu wahren und von allen Seiten geschützt zu sein, treibt sie eine wahre Schwelgerei in der Loyalität zum Hause Habsburg. Sie verschafft sich nur durch Gewalt Geltung, was ihr umso leichter fällt, als ihr alle Machtmittel des Staates zur Verfügung stehen.

Die Bürger, die mit ihrer Wahlstimme die Macht der liberalen Partei zu sichern helfen, sind übrigens zum größten Theile gar nicht liberal. Sie haben überhaupt kein Prinzip, außer dem der Bereicherung oder des Schutzes des bereits gewonnenen Reichthums. Sie stimmen für den Kandidaten der liberalen Partei, weil sie die Herrschaft dieser Partei als die geeignetste dafür halten, daß sie ruhig und ungestört Geld anhäufen können. Daß diese Partei das Land mit sicheren Schritten dem finanziellen und moralischen Ruin entgegenführt, können diese Wähler umsoweniger merken, als sie sich für öffentliche Angelegenheiten überhaupt nicht interessiren.

An Zahl die stärkste ist nach der liberalen Partei die Unabhängigkeitspartei. Sie nennt sich die Partei der Kleinbürger (Kleingrundbesitzer, Kleingewerbetreibender, Kleinkaufleute usw.), obwohl sie wenig Berechtigung dazu hätte. Sie ist die sogenannte dreifarbige Partei, ihre ganze Thätigkeit dreht sich um roth-weiß-grüne Fragen. Mit wirthschaftlichen Fragen befaßt sie sich überhaupt nicht und vertrödelt die Zeit und alle Kraft mit staatsrechtlichen Erörterungen. Da die Unabhängigkeitspartei sich auf patriotische Tiraden gut versteht und in den Kleinbürgern das patriotische Gefühl noch stark vor-

herrscht, erwarten diese Etwas von ihr seit Jahrzehnten, aber natürlich vergeblich. Diese Partei verliert mit der Erstarkung der Sozialdemokratie viel von ihrer Volksthümlichkeit.

Die Unabhängigkeitspartei girirt sich auch als Kontrolor der Regierung, obwohl sie von einer Thätigkeit in dieser Richtung nichts merken läßt. Die in den letzten Jahren erbrachten rechtsräuberischen Gesetze erhielten fast ohne Ausnahme ihre Zustimmung. Dem im Jahre 1898 erbrachten sogenannten Sklavengesetz zur Niederwerfung der Bewegung der Landarbeiter hat selbst die Regierungspartei nicht begeisterter applaudirt, als die Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei. Auf ihre Thätigkeit legt die Regierung gar kein Gewicht und sie kann nur mit Hilfe einer parlamentarischen Revolution die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich lenken. Letzthin versuchten sie mit der Obstruktion — auf die wir noch zurückkommen — ihr Glück, da sie aber einerseits selbst vor den eventuellen Folgen ihres Kampfes zurückschreckten, andererseits in ihren Reihen keine entschiedenen, kampffähigen Männer zu finden sind, haben sie gar nichts erreicht.

Eine unentschiedenere Politik könnte kaum befolgt werden, als von dieser Partei getrieben wird. Erfolge erzielen kann und will sie nicht, ja sie getraut sich gar nicht. Sie wählt den bequemsten Weg: des lendenlahmen Protestes und der Wacherhaltung des patriotischen Gefühls. Positive Erfolge hat sie nur nach einer Richtung hin aufzuweisen: durch Propagirung des wüsten magyarischen Chauvinismus macht sie es unmöglich, daß der Nationalitätenhaß in Ungarn aufhöre, oder nur mildere Formen annehme.

Die kleinen Leute haben von dieser Partei nichts zu erwarten und ein gut Theil ist denn auch bereits zu dieser Erkenntniß gelangt, die dann zum Theil ganz in Apathie verfallen oder in der sozialdemokratischen Bewegung ihren verlorenen Idealismus wiederfinden. Die liberale Partei vertritt wenigstens Jemand: sie vertheidigt die Interesse der Großkapitalisten mit viel Energie. Die Unabhängigkeitspartei vertritt Niemand und hat auch im Volke kaum mehr Wurzeln. Chauvinistische Schlagworte gefallen wohl dem Kleinbürger so lange er meint, sie hät-

ten auch einen Inhalt, doch überzeugt er sich vom Gegentheil, dann dankt er sehr bald für das Vergnügen.

Die **Volkspartei** ist wohl die interessanteste Partei. Sie hat bereits in ihrem Namen die Unwahrheit. Diese Partei hat mit dem Volke nichts gemein. Im Gegentheil. Sie ist die Partei der Pfaffen und kämpft für Wiederherstellung mittelalterlicher Zustände. Zu ihrer Fahne schwören außerdem, die sich für Politik interessiren und an die alleinseligmachende Kraft der katholischen Kirche unerschütterlich glauben: die reaktionären Latifundienbesitzer und der Hochadel. Wenn die Unabhängigkeitspartei unthätig ist, so ist dafür die Volkspartei umso thätiger. Sie ist überall zu finden, wo dem Fortschritt Hindernisse bereitet werden können.

Im Abgeordnetenhaus leisten sie wohl nichts Besonderes, das ist aber auch nicht ihr Zweck. Der Schwerpunkt ihrer Thätigkeit liegt draußen beim Volke. Ihre Bestrebung richtet sich besonders auf die Verseuchung der Denkweise des Volkes mit klerikalen Ansichten. Sie arrangirt viele Volksversammlungen in Gegenden, die sie für ihre Zwecke geeignet hält und führt einen Vernichtungskrieg gegen Alles, was irgend mit Aufklärung zu thun hat.

Am unbezähmbarsten haßt diese Partei instinktiver Weise die Sozialdemokratie, von der sie am meisten zu fürchten hat. Ihre Blätter sind voll von Angriffen gegen die Sozialdemokraten. Trotz alledem kann sie keine Fortschritte verzeichnen. Die Zahl ihrer parlamentarischen Vertreter ist seit der Gründung der Partei nicht gewachsen, was bei einer Partei, die nicht für die Zukunft, sondern für die Vergangenheit kämpft, sehr bezeichnend ist. Ihre Volksthümlichkeit hat sogar abgenommen, denn der Reiz der Neuheit hat ihr im Anfang viel Proselyten gemacht.

Außer diesen drei größeren Parteien gibt es noch einige kleinere parlamentarische Gruppen, wie die ebenso reaktionäre Apponyi-Partei und die erst noch mit Geburtswehen kämpfende Bánffy-Partei, welche es mit dem Chauvinismus am Aergsten treibt.

Unter solchen Verhältnissen muß die Sozialdemokratische Partei Ungarns gegenüber alle Parteien als Feinden des Fortschritts ihren Kulturkampf führen. Es gibt keine ein-

zige bürgerliche Partei, auf die im Kampfe um Volksfreiheiten, wenn auch indirekt, gerechnet werden kann. Sie sind alle gleicherweise Feinde des Volkes und in Bezug auf die Richtung der natürlichen Entwicklung mit völliger Blindheit geschlagen. Daß die Sozialdemokratische Partei in Ungarn ihre Kulturmission thatsächlich unter den schwierigsten Verhältnissen zu erfüllen strebt, wird sich im Weiteren klar herausstellen.

Die sozialdemokratische Partei.

Obwohl unsere Partei, als politische Organisation der Arbeiter, auf eine mehr als 30jährige Vergangenheit zurückblicken kann, ist die eigentliche Parteibewegung kaum älter als zehn Jahre. Und diese zehn Jahre waren so sehr erfüllt mit Arbeiten zum inneren Ausbau der Parteiorganisation, daß die Partei zu den Landesfragen kaum mit der wünschenswerthen Kraft Stellung nehmen konnte. Nur in den letzten Jahren kam es so weit, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft — wenn auch in negativer Weise — oft mit entscheidendem Gewicht eingreifen konnte.

Ueber diese wenigen Jahre wollen wir einen skizzenhaften Bericht geben.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Ungarn muß sich — aller Rechte entbehrend und jeder Freiheit beraubt — jeden Schritt vorwärts mit der blanken Faust erkämpfen. Die Hauptaufgabe ist noch immer nicht die Erzielung positiver Erfolge, sondern die Freimachung der Wege dazu. Die Machthaber müssen diskreditirt werden und zwar wegen ihrer volksfeindlichen Politik, das Volk muß überzeugt werden, daß von jenen nichts Gutes zu erwarten ist, ja daß mit Rücksicht auf die natürliche Entwickelung die Machthaber für die Allgemeinheit nichts Gutes wollen und nichts Gutes können. Demgegenüber muß mit möglichster Energie und Eifer an der Propagirung der sozialistischen Ideen gearbeitet werden; die Massen müssen überzeugt werden, daß nur mit Hilfe dieser Ideen das zu erreichen ist, wonach die Menschen sich seit Jahrtausenden sehnen; mit den sozialistischen Ideen muß neues Vertrauen in die stumpf und gleichgiltig gewordenen Massen

gegossen werden, damit sie zum Kampfe um die Zukunft fähig werden.

In wirthschaftlicher Beziehung muß gestrebt werden, die Lage der Arbeiterschaft schon in der Gegenwart zu bessern, damit die Arbeiterschaft überzeugend, daß die Sozialdemokratie, noch selbst schwach und verfolgt, weit weg vom Besitze der Macht, doch im Stande ist, den zu ihr Gehörenden handgreifliche Vortheile zu bieten. Andererseits muß die Arbeiterschaft durch Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Lage physisch und geistig erstarken, um eine umso größere Energie entfalten zu können, ohne ihre Kraft zu sehr in Anspruch zu nehmen.

In diesem Sinne bestrebt sich die Sozialdemokratische Partei Ungarns zu wirken. Und wenn sie nicht immer das Gewünschte oder das scheinbar Erreichbare erreicht hat, so lag das nicht immer in der Schwäche oder der verfehlten Kampfesweise, sondern oft in den Verhältnissen, die sich im gegebenen Fall stärker erwiesen. Es kann uns aber die Thatsache trösten, daß die Erfolglosigkeit auf die Partei nie eine verstimmende Wirkung hatte, sondern ihr stets zur Lehre diente.

Die politische Bewegung.

Die Bánffy'schen Verfolgungen im Jahre 1898 haben die Partei anscheinend arg mitgenommen. Hunderte von Arbeitern wurden in die Gefängnisse und in die Schubhäuser geschleppt. Unsere besten agitatorischen Kräfte wurden aus der Hauptstadt ausgewiesen und auf Hunderte beläuft sich die Zahl derer, die vom Orte ihres Gewerbes oder ihrer Beschäftigung gerissen, in ihrer Existenz zu Grunde gerichtet wurden. In der Hauptstadt wurde jeder halbwegs bekannte Sozialdemokrat unter polizeiliche Aufsicht gestellt, sie und ihre Familien hatten weder bei Tag, noch bei Nacht Ruhe, sie wußten nie, unter welchem Vorwand und in welchem Moment die Polizei ihre Wohnung durchwühlt.

In der Provinz wütheten die Stuhlrichter und die Gendarmen und da geschahen noch viel empörendere Ungesetzlichkeiten als in der Hauptstadt. Man begnügte sich

oft nicht mit der Konfiszirung der Bücher, mit Hausdurchsuchungen und Abschubirungen, sondern verstieg sich zu rohen thätlichen Mißhandlungen. Eine große Anzahl von Parteigenossen wurden von den Gewehren und den Bajonetten der Gendarmen für Lebenszeit zum Krüppel gemacht. Die Gefängnisse des ganzen Landes waren mit Sozialisten erfüllt.

Zeitweise schien es, als hätte die wüthende Verfolgung der Parteibewegung geschadet. Doch der nächste Parteitag hat gezeigt, daß wohl Einzelne viel gelitten haben, die Bewegung selbst aber erstarkt ist. Die Einnahmen der Partei haben sich im Verfolgungsjahr verdoppelt. Der Angriff hat jeden erweckt und die sozialistische Arbeiterschaft kämpfte mit gesteigerter Energie gegen die Unterdrückung und die Ungesetzlichkeiten. Der Kampf war umso schwerer, als die Regierung das einzige einigende Band der Bewegung, das Zentralorgan, die „Népszava“, mit einer wahren Fluth von Rechtsbrüchen zu Grunde zu richten trachtete. Jede Nummer wurde konfiszirt. Von Nummer zu Nummer erschien das Blatt mit zumeist leeren Spalten. Es nützte nichts. Die Regierung Bánffy's ist nicht mehr, während die Partei erstarkt aus dem Kampf hervorging.

Unter der Regierung Széll's hatte es den Anschein, als beginne eine freiere Luft zu wehen. Bald stellte es sich aber heraus, daß obwohl Széll liberaler als sein Vorgänger ist, er doch nicht anders thun kann, als ihm die Umstände erlauben. Er war nicht im Stande, die total verwilderten Verwaltungsbehörden zu zähmen und seine Verordnungen und Anleitungen wurden von den Stuhlrichtern gar nicht beachtet.

Im Jahre 1902 reichte die Regierung Széll im Abgeordnetenhause die Militärvorlage ein, wonach der Stand der Armee um 23.000 Mann erhöht werden sollte und die Vorlage betreffend Erhöhung der Zivilliste um jährlich 2 Millionen Kronen. Die Opposition protestirte und bereitete sich zum Widerstande vor. Die Unabhängigkeitspartei benützte diese Gelegenheit, um ihre arg in die Brüche gegangene Volksthümlichkeit wieder aufzufrischen. Sie alarmirte das Land und ließ aus den unter ihrem Einfluß stehenden Wahlbezirken Protestdeputationen in die Haupt-

stadt zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses kommen. Wochen hindurch kamen beinahe täglich solche Deputationen herangerückt und zogen mit Musik und Gesang unter Fahnen zum Parlament. Das Ganze glich eher einem Schaugepränge, als einer ernsten Aktion.

Auch unsere Partei trat in Aktion. Die Unabhängigkeitspartei war als unzuverlässig bekannt. Die Sozialdemokratische Partei mobilisirte also die Arbeitermassen und richtete ihr Augenmerk darauf, nicht nur eine eventuelle Retirade der Unabhängigkeitspartei unmöglich zu machen, sondern dieselbe zu einem Kampf bis aufs Messer zu peitschen. Zehntausende von Arbeitern sind in den Protestversammlungen erschienen, die in Intervallen von 2—3 Wochen von unserer Partei einberufen wurden. Und dieser Kampf war vollkommen zielbewußt. Jeder sozialdemokratische Arbeiter wußte, daß es sich dabei nicht nur um die Abwendung neuer Lasten, sondern um die Schwächung des Militarismus und der ihm dienenden herrschenden politischen Richtung handelt.

Endlich ging die Opposition in die Obstruktion, weil sie der zwingenden Kraft der von der Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten und geführten Volksbewegung nicht widerstehen konnte. Die Opposition, die kurz zuvor im Abgeordnetenhaus dagegen protestirte, daß wir sie zur Obstruktion zwingen wollen. Damit waren aber die Aufgaben der Partei in dieser Angelegenheit nicht erfüllt. Die Opposition betrieb den Kampf nur sehr widerwillig und war sehr oft zum Abrüsten bereit. Deshalb mußten die Sozialdemokraten stets wachsam bleiben, um die parlamentarische Opposition zum weiteren Kampfe zu zwingen.

Das Jahr 1902 war ein hartes Jahr. Dabei vergaß die Partei keinen Moment, was sie der Arbeiterbewegung, dem Sozialismus und sich selbst schuldig ist. Die Ausbreitung der Parteibewegung auf je weitere Gebiete, der weitere innere Ausbau der Parteiorganisation, die sozialistische Erziehung der Arbeiter war ihre stete Sorge und gab ihr viel Arbeit. Die zahllosen Versammlungsverbote, die Hausdurchsuchungen, die Gefängniß- und Geldstrafen in allen Theilen des Landes boten den Beweis, daß die Genossen überall ihren Theil an den Kämpfen nehmen.

Die massenhaften Versammlungsverbote haben die Parteileitung dazu bewogen, im Interesse der Vereins- und Versammlungsfreiheit eine intensive Landesaktion einzuleiten. Hunderte von Versammlungen wurden abgehalten in Orten, wo die Versammlungen bewilligt wurden, mit Bewilligung, sonst aber ohne Bewilligung. In allen Versammlungen wurde eine scharfe Resolution für die Versammlungsfreiheit angenommen. Selbst das Parlament sah sich gezwungen, sich mit der Frage zu befassen, Ministerpräsident Széll erklärte jedoch nur so viel, daß er die Verordnungen betreffend die Versammlungen „liberal" handhaben werde.

Neben diesen Aktionen wurde ein unausgesetzter Kampf um das Wahlrecht geführt. Es ist bezeichnend, daß Ungarn, das sich zu den Kulturnationen zählt, bei 20 Millionen Einwohnern nur 1 Million wahlberechtigte Bürger hat. Die Arbeiter sind von den politischen Rechten vollkommen ausgeschlossen. Das ist der Grund, weshalb im ungarischen Abgeordnetenhaus kein einziger Sozialdemokrat sitzt. Auch diese Aktion mußte sich also auf Versammlungen, Konferenzen und Verbreitung von Preßerzeugnissen beschränken. Mit diesen Mitteln wird denn auch übrigens intensiv gearbeitet.

Da die Parteibewegung in Ungarn vollkommen zentralistisch ist und die Arbeiterschaft in der Provinz, besonders die landwirthschaftlichen Arbeiter, sehr arm sind, lasten die Kosten der Agitation fast ganz auf der Budapester Arbeiterschaft. Vom Beginn des Jahres 1902 reisten jeden Sonntag 12—15 hauptstädtische Genossen in die Provinz, um in Versammlungen zu referiren.

Vom Frühjahr 1902 bis zum Frühjahr 1903 wurden von der Zentrale zu 686 Provinz-Versammlungen Referenten delegirt. Außer diesen Versammlungen fanden natürlich weit mehr solche statt, in denen Genossen der betreffenden Orte referirten. Die Versammlungen haben in Ungarn, wo man mit dem Volke auf andere Weise nicht in Verbindung treten kann, eine sehr große Bedeutung. Vereine werden nur selten bewilligt und wenn schon, dann mit Statuten, die viel vom Werthe der Vereine nehmen. An solchen Orten hat die Versammlung nicht

nur propagandistische Zwecke, sondern der Arbeiter muß dabei Alles erlernen, was ihn zur Theilnahme an der Bewegung befähigen kann.

Demonstrations-Umzüge werden außerhalb der Hauptstadt kaum bewilligt. In Budapest jedoch können sie gar nicht verboten werden, weil als vor einigen Jahren solche Demonstrations-Aufzüge verboten wurden, die Arbeiterschaft einfach ohne Bewilligung demonstrirte. Regelmäßige Demonstrations-Umzüge — außer den bei aktuellen Gelegenheiten — sind die Märzdemonstration und die Demonstration am 1. Mai, an denen jedesmal 30.000 bis 40.000 Personen theilnehmen. Außer diesen werden solche Demonstrationen öfter für die Forderung des Wahlrechtes veranstaltet.

In der Hauptstadt befaßten sich im letzten Jahre die Massenversammlungen zumeist mit der politischen Krise. Die obstruirende Opposition suchte schon am Beginn der Obstruktion Gelegenheit und Vorwand zur Abrüstung. Sie hätte auch vielfach abgerüstet, wenn die Sozialdemokraten mit der Peitsche nicht hinter ihrem Rücken gestanden wären. Unsere Partei hat ihr aber jedesmal, sowohl in der Hauptstadt als in der Provinz die Abrüstungsgelüste ausgetrieben.

Im März 1903 berief der klerikale Flügel der Unabhängigkeitspartei eine Volksversammlung in Budapest ein, in der zu der Militärvorlage Stellung genommen werden sollte. Unsere Partei wurde zur Theilnahme eingeladen, mit dem Ersuchen, die Einberufer zu unterstützen. Die Unterstützung wurde ihnen auch zugesagt, wenn sie sich verpflichten, die Bewilligung der militärischen Forderungen an die Gesetzwerdung des allgemeinen Wahlrechtes zu binden, widrigenfalls nicht nur die Militärvorlage, sondern auch das Budget zu obstruiren. Von dieser energischen Politik wollte jedoch die Opposition nichts wissen, sie wollten eine nichtssagende Resolution annehmen lassen, um damit ihren Rückzug vom Kampfe im gegebenen Moment zu decken. Das hatte zur Folge, daß die Volksversammlung, an der mindestens 30.000 Personen theilnahmen, mit einer schmächlichen Blamage der Unabhängigkeitspartei endete. Außer den Einberufern und den Abgeordneten

erschienen nur ihre bezahlten Fahnenträger, sonst war Alles sozialdemokratisch. Natürlich ergriffen die roth-weiß-grünen Herren schleunigst die Flucht. Das war zugleich der letzte Versuch von Seiten einer bürgerlichen Partei, die Budapester Volksmassen für ihre Zwecke zu mobilisiren. Seit dem haben sie hoffentlich eingesehen, daß sie jeden Einfluß auf die breiten Schichten verloren haben, daß diese sozialdemokratisch fühlen und denken.

*

Das Jahr 1903 bildet einen Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Der Parteitag im Jahre 1902 entsendete ein Komité mit der Aufgabe, ein neues Parteiprogramm und ein neues Organisationsstatut auszuarbeiten. Das Komité hat seine Arbeiten den im April 1903 abgehaltenen Parteitag vorgelegt, der diese nach eingehender Debatte einstimmig akzeptirte.

Das Parteiprogramm steht auf der Höhe der gegenwärtigen theoretischen Erkenntniß und vertritt den sozialdemokratischen Standpunkt mit Berücksichtigung der Programme der Bruderparteien anderer Länder. Die praktischen Forderungen schmiegen sich natürlich in Vielem den sozialen, politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen des Landes an.

In Wirklichkeit hat erst dieses Programm die Grundlage zur Thätigkeit der ungarländischen Parteibewegung gegeben. Hier ist es keine Phrase, wenn wir sagen, daß mit dem neuen Parteiprogramm einem längst gefühlten Bedürfniß abgeholfen wurde. Jetzt erst hat auch der wenig unterrichtete und über wenig freie Zeit verfügende Mensch Gelegenheit, sich rasch und leicht zu informiren, was die Sozialdemokratie ist und was sie will. Für die Partei selbst ist das Programm von besonderer Wichtigkeit, denn jetzt hat sie den nothwendigen Kompaß, der ihr stets den richtigen Weg weist. Der Nutzen des Programmes zeigt sich schon nach einem kurzem Jahr. Unsere Genossen beginnen nach jeder Richtung hin klarer zu sehen, sie sind in ihren Zielen und Bestrebungen sicherer und können somit in ihrem Thätigkeitsgebiete eine ziel- und selbstbewußtere Arbeit leisten.

Auch das neue Organisationsstatut ist berufen, einem Uebel abzuhelfen. Das Statut gibt den Parteigenossen den Schlüssel zur zielbewußten und einheitlichen Organisation in bestimmter Form und bestimmt den Wirkungskreis der einzelnen Genossen. Besonders für die Provinz hat das Statut eine große Bedeutung, wo wir leider noch nicht genug geschulte Kräfte zur selbstständigen Leitung der Parteibewegung haben.

Sowohl das neue Parteiprogramm, als das Organisationsstatut haben die Parteibewegung um einen mächtigen Schritt vorwärts gebracht. Ihre wohlthätige Wirkung hat sich schon am Parteitag gezeigt, an der sie angenommen wurden, denn wir hatten noch an keinem unserer Kongresse eine auf so hohem Niveau stehende Debatte.

*

Die Nothwendigkeit und Wichtigkeit des neuen Parteiprogramms und des Organisationsstatuts hat sich besonders in dem Jahre vom Frühjahr 1903 bis zum Frühjahr 1904 in vollem Umfang ergeben. Die Bewegung hat im Vergleich zu den Vorjahren einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen. In der Provinz wurden überall auf Grund des neuen Organisationsstatuts Organisationen gegründet und die Genossen der größeren Provinzstädte waren eifrig thätig, ihre Umgegend zu bearbeiten und Provinz-Zentralen zu schaffen.

Die Organisationsarbeit war übrigens um nichts leichter geworden, eher noch das Gegentheil. Die Polizeihauptleute und Stuhlrichter gehen überall nach eigenem Gutdünken vor und kümmern sich nicht einmal um die Verordnungen des Ministers. Die Volksversammlungen werden mit den unsinnigsten Begründungen verboten und agitatorisch thätige Genossen ohne triftigen Grund von ihrem Wohnort ausgewiesen und abschubirt. Ja, in letzterer Zeit hat Ministerpräsident Stefan Tisza die Verwaltungsbehörden direkt aufgefordert, die Verfolgung der Sozialdemokraten eifrig zu betreiben. Als Tisza diesbezüglich im Parlament befragt wurde, erklärte er, daß „die Verfolgungen sich nur gegen die Sozialdemokraten richten". Mit dieser Erklärung gab sich das ganze Parlament zufrieden.

Gegen diese Stellungnahme Tisza's wurden in 200

Städten Protestversammlungen einberufen, von denen jedoch 70 verboten wurden. An der Budapester Versammlung nahmen rund 25.000 Personen Theil und protestirten mit Entschiedenheit gegen die Gewaltmaßregeln. Tißa warf sich nunmehr mit ganzer Kraft auf die sozialistische Bewegung und Polizei und Gendarmerie haben nichts Wichtigeres zu thun, als die sinnlose Verfolgung der Sozialdemokraten. Es hat den Anschein, als wollte man das arbeitende Volk auf der ganzen Linie in einen gewaltsamen Aufstand jagen. Am ärgsten ist es, daß die Verfolgungen nicht offen angeordnet werden, sondern im Wege vertraulicher Verordnungen und Anleitungen.

Im laufenden Jahre wurden in mehreren Provinzstädten Bezirkskonferenzen abgehalten, die ohne Ausnahme gut besucht waren und zur geeigneten Organisation des Bezirkes Beschlüsse faßten.

Den größten Theil der Kraft der Partei nahm auch dieses Jahr die allgemeine Politik in Anspruch. Die Obstruktion dauerte noch immer, doch wurde sie von der Opposition ohne Feuer und ohne Energie betrieben und drohte fortwährend mit Einschlafen. Die Arbeiterschaft mußte fast ständig in Aktion sein, um die Opposition zum Fortsetzen des Kampfes zu zwingen. An den Straßenecken und den Plakatsäulen wurden von der Partei fortwährend große rothe Plakate ausgehängt, in denen das Volk über die Situation unterrichtet oder zu Versammlungen geladen wurde.

Die Opposition betrieb aber eine ständige Retirade und gab ihren originalen Standpunkt bereits gänzlich auf. Sie erklärte zum Abrüsten bereit zu sein, wenn ihr nationale Konzessionen (ungarische Armeesprache, ungarische Fahnen und Wappen) gemacht werden. Die Sozialdemokratische Partei hat natürlich energisch gegen diese Bedingungen und gegen die Einstellung des Kampfes Stellung genommen und gab der Arbeiterschaft das Losungswort, in Volksversammlungen nur solche Abgeordnete zum Worte kommen zu lassen, die sich zu der Forderung des allgemeinen Wahlrechts verpflichten. Ueberhaupt wurde auf der ganzen Linie dahin gestrebt, daß statt der nationalen Konzessionen das allgemeine Wahlrecht als Preis der Ab-

rüstung in den Vordergrund dringe. Dieses Auftreten hatte denn auch den Erfolg, daß als die Unabhängigkeitspartei abrüstete, als Aequivalent statt den nationalen Konzessionen thatsächlich die parlamentarische Reform gefordert wurde. Das hat natürlich nicht viel zu bedeuten, doch zeigt es immerhin, daß die Opposition dem Druck der das Wahlrecht nicht besitzenden Volksmassen nicht widerstehen konnte.

Der Kampf, den die Sozialdemokratische Partei gegen die klerikale Volkspartei in katholischen Gegenden zu führen hat, wird ebenfalls immer intensiver. Obwohl die Thätigkeit der Partei von der schwarzen Fluth nicht bedroht wird, denn wo einmal die Sozialdemokratie sich festgesessen hat, kann der Klerikalismus nicht eindringen, erachten es die Sozialdemokraten doch als ihre Pflicht, den Kampf mit der Volkspartei in ihren eigenen Domänen aufzunehmen und gegen die Verhinderung der Aufklärung überall anzukämpfen. Wo die Pfaffen erscheinen, um ihre finsteren Theorien an den Mann zu bringen, sind auch unsere Genossen zu finden, um die Pläne der Ersteren zu Schanden zu machen. Dieser eifrigen Thätigkeit ist es zu danken, daß wohl die Klerikalen da und dort auftauchen, aber bisher keine Erfolge aufweisen können.

Seit die Sozialdemokratische Partei in Ungarn existirt, waren die beiden letzten Jahre die ereignißreichsten, aber auch die erfolgreichsten. Das beweist am besten, daß die Partei auf dem Wege der natürlichen Entwickelung sich befindet.

Die Feldarbeiter.

Der wirkliche Erfolg der zahlreichen Versammlungen in der Provinz wird sich erst in der Zukunft zeigen. Aber auch hatte erreichen wir mit ihnen so viel, daß die Grundlagen der Organisation der Feldarbeiter geschaffen werden. Die Feldarbeiterbewegung schlägt wohl gegenwärtig nicht so hohe Wellen, als im Jahre 1897, ist aber dafür viel zielbewußter und intensiver. Einzelne Komitate im Norden des Landes, die zumeist von Slovaken bewohnt sind, ausgenommen, gibt es kaum mehr Komitate, in welchen die

sozialdemokratische Bewegung nicht festen Fuß gefaßt hätte, obwohl die Agitation unter den Feldarbeitern viel schwieriger ist, als in den Städten. Je kleiner die Ortschaft, um so größer die Unterdrückung. Die Stuhlrichter herrschen in ihren Bezirken mit unbeschränkter Gewalt. Gegen ihre Anordnungen und Gewaltthaten nützt kein Appelliren, denn bei den vorgesetzten Behörden wird der Stuhlrichter nicht desavouirt.

Eine viel größere Macht als jede Gewaltthätigkeit ist aber das Elend. Es ist unleugbar, daß der Beweggrund zum Anschluß an die Partei bei den Feldarbeitern nicht so sehr die Ueberzeugung, als das unerträgliche Elend ist. Aber nur der Beweggrund. Wenn sie eine Zeit lang an der Bewegung theilnehmen, reift die Erbitterung zur Ueberzeugung und sie würden bei der Partei verbleiben, auch wenn ihre Lage sich bessert. Der beste Beweis dafür ist die Thatsache, daß unsere Feldarbeiter-Genossen bei weitem intelligenter sind, als die Feldarbeiter welcher anderen Partei immer, von den Gleichgiltigen ganz zu schweigen.

Für die auf sie gewendete Mühe sind sie sehr dankbar und sie lechzen nach Wahrheit und Wissen. Zu den Versammlungen pilgern sie aus allen Theilen der Gegend, so daß gewöhnlich 8—10 Gemeinden bei den Volksversammlungen beisammen sind. Sie sind bereit, 4—5 Stunden zu wandern, um an einer Versammlung theilzunehmen.

An den Wahlen der Gemeindevertreter nehmen sie eifrig Theil und zumeist nicht erfolglos. In zahlreichen Gemeinden sind sozialistische Gemeindevertreter und selbst solche Gemeinden sind nicht selten, in welchen die ganze Gemeindevorstehung oder die Majorität sozialistisch ist. Diese Vertreter können aber in Folge ihres sehr eng begrenzten Wirkungskreises nur agitatorische Thätigkeit entfalten.

Trotzdem bilden die Feldarbeiter ein sehr nützliches Element in der ungarischen Parteibewegung. Noch mehr steht von ihnen in der Zukunft zu erwarten. Sie werden die Kerntruppen der sozialdemokratischen Armeen bilden. Das ahnen auch die Machthaber und achten auf die Feldarbeiter, wie auf ihr Augenlicht. Man möchte sie am

liebsten luftdicht verschließen. Die industriellen Arbeiter haben denn auch weit mehr Bewegungsfreiheit als die Feldarbeiter.

Die Herrschenden haben sich erst im abgelaufenen Jahre wieder damit gebrüstet, daß die Bewegung der Feldarbeiter aufgehört hat, zu existiren. Diese Ansicht schöpften sie aus der nach den Verfolgungen im Jahre 1898 eingetretenen Windstille, die bei den Uneingeweihten leicht die Meinung erwecken konnte, daß die Bewegung ganz eingeschlafen ist. Im Jahre 1898 hatten die Feldarbeiter eine eigene Zeitung, die in 8000 Exemplaren abgesetzt wurde. Während den Verfolgungen mußte das Blatt eingestellt werden, denn die Feldarbeiter erhielten Monate hindurch kein einziges Exemplar, weil jede Nummer konfiszirt wurde. Seitdem wurden wohl zur Herausgabe eines Feldarbeiterblattes Schritte gethan, doch ohne Erfolg.

Die Bewegung jedoch ist nicht eingeschlafen, nur wird mit weniger Lärm, aber mit verdoppeltem Eifer gearbeitet. Aus wie natürlichen Quellen sich diese Bewegung nährt, ist aus der Thatsache zu ersehen, daß sie selbst von den wildesten Verfolgungen nicht vernichtet werden konnte. Das im Jahre 1898 erbrachte Sklavengesetz, mit welchem die Feldarbeiter aus den Reihen der freien Menschen gestrichen wurden, hat die Gegensätze nur noch verschärft. Die Erbitterung der Arbeiterschaft wächst immer mehr und kann durch die Bettelgeschenke nicht gemildert werden, die vom Ackerbauminister ausgetheilt werden. (50 bis 100 Kronen und ein Diplom für 40—50jährige Arbeit als Knecht bei demselben Gutsherrn.)

Schon im vorigen Jahre waren in allen Theilen des Alföld Erntestreiks. Auf Grund des Sklavengesetzes wurden die Streikenden in Massen in die Gefängnissen geschleppt und für die Unterbrechung der Erntearbeit mit 60 Tagen Gefängniß und hohen Geldstrafen betheilt. Damit wurden die Verhältnisse natürlich nicht gebessert, sondern verschlechtert. Im laufenden Jahre fanden wieder eine ganze Anzahl Erntestreiks statt.

Der letzte Parteitag hat die Feststellung von Arbeits- und Lohnordnungen für Feldarbeiter beschlossen und die Arbeiter trachten jetzt auf dieser Grundlage ihre wirth-

schaftliche Lage zu verbessern. Sie sind damit vorerst nur am Anfang des Beginnens und können noch nicht viel von Erfolgen berichten.

Da den Feldarbeitern nur höchst selten die Gründung eines Vereins bewilligt wird, Vereinigungen zur Vertheidigung der wirthschaftlichen Interessen aber gar nicht gestattet werden, vereinigen sie sich nur in freien Organisationen zur Wahrung ihrer Interessen. Diese freien, eigentlich geheimen Organisationen leisten übrigens bei richtiger Führung beinahe dasselbe als Vereine mit genehmigten Statuten.

Die Nationalitäten.

Die Bewegung der Nationalitäten hat in Ungarn ebenfalls eine große Wichtigkeit. Große Theile des Landes werden von Slovaken, Rumänen und Serben bewohnt. Diese Nationalitäten stehen mit den Ungarn seit undenklichen Zeiten auf Kriegsfuß. Die Ungarn hassen die Nationalitäten und diese wieder die Ungarn. Der Chauvinismus tobt auf beiden Seiten.

Die Sozialdemokratische Partei bemühte sich in erster Reihe dahin zu wirken, daß bei dem Volke dieser unmotivirte Haß aufhöre. Das ist auch von greifbarem Erfolg begleitet gewesen, indem am letzten Parteitag die einzelnen Nationalitäten bereits zahlreich vertreten waren.

Die jüngste und trotzdem die entwickeltste und stärkste ist die Bewegung der Rumänen. Ihr Organ, der „Adeverul", erscheint wöchentlich einmal und erfüllt wahrhaft eine Mission in den von Rumänen bewohnten Gegenden. Das Elend, die Unwissenheit und die Unterdrückung der Rumänen ist unbeschreiblich, und eben diesem Elend und dieser Unterdrückung ist es zuzuschreiben, daß die sozialdemokratischen Ideen eine so rapide Verbreitung unter ihnen gefunden haben. Sie leben eigentlich gar kein menschliches Leben und werden von den Gutsherren wie Thiere behandelt.

Eben deshalb wurden die Behörden, kaum daß eine nennenswerthe Bewegung unter den Rumänen entstand,

auf die armen Leute losgelassen. Tißa säumte keinen Moment. Es wurden die alten Mittel angewendet. Einzeln wurden sie aufs Korn genommen, eingekerkert, prozessirt, für dessen Kosten ihnen ihre elende Hütte weggenommen wird. Das rumänische Blatt wurde ständig konfiszirt, die Verfasser der Artikel zu hohen Strafen verurtheilt, die Versammlungen verboten, Zusammenkünfte verhindert oder auseinandergetrieben, Vereine nicht bewilligt.

Dieses System hat aber hier ebenso wenig Erfolg, als anderswo. Die Bewegung macht rasche Fortschritte und die Zeit ist nicht mehr ferne, wo es kaum von Rumänen bewohnte Gemeinden in Ungarn geben wird, in denen keine Sozialdemokraten zu finden wären.

Die serbische Bewegung ist älter, konsolidirter und bereits über die Anfangsschwierigkeiten hinaus. Ihr Organ, die „Narodna Recs" erscheint wöchentlich einmal. Die Serben sind geistig entwickelter, als die Rumänen, lassen sich also von den Behörden nicht so leicht provoziren. Auch wirthschaftlich leben sie unter geordneteren Verhältnissen, können also für die gemeinsamen Ziele mehr opfern. An die Serben schlossen sich die Schokazen an, deren Bewegung fest und zielbewußt ist und zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Die geringsten Erfolge konnte die Partei bisher mit den im Norden des Landes wohnenden Slovaken erzielen. Sie sind nicht nur sehr unwissend, sondern stehen ganz unter dem Einfluß der Pfaffen und Panslavisten. Ihre Einbeziehung in die Parteibewegung ist trotzdem nur eine Frage der Zeit. Die Verhältnisse der Slovaken sind dieselben oder vielleicht noch ärgere als die der Rumänen. Eine sozialdemokratische Zeitung in slovakischer Sprache ist in Vorbereitung.

Die Bewegung der Nationalitäten steht in engem Zusammenhang mit der Gesammtpartei und werden die Aktionen einheitlich durchgeführt. Das ist zugleich ein Beweis, daß der Haß zwischen den Ungarn und den Nationalitäten nur künstlich genährt wird und daß die Behebung der vorhandenen Gegensätze nicht allzu schwer sein wird. Die Blätter erscheinen in Budapest und werden von der Zentral-Parteileitung herausgegeben.

Parteiangelegenheiten.

Die Parteipresse erstarkt sowohl an Umfang als an Leserzahl. Das ungarische Zentralorgan der Partei, die „Népszava" erscheint wöchentlich dreimal, das deutsche Zentralorgan, die „Volksstimme", wöchentlich einmal. Die Abonnenten dieser Blätter haben sich im letzten Jahre verdoppelt, respektive verdreifacht. Die Blätter werfen ein hübsches Reinerträgniß ab. Das serbische Zentralorgan „Narodna Recs" erscheint wöchentlich einmal und das rumänische Zentralorgan „Adeverul" ebenfalls wöchentlich einmal.

In der Provinz erscheinen: in Fünfkirchen „Munkás", in Raab „Munkások Lapja", wöchentlich je einmal; in Klausenburg „Erdélyi Munkás", „Kolozsvári Munkás", in Kecskemét „Kecskeméti Munkás", monatlich je einmal, alle in ungarischer Sprache. In Temesvár, der „Volkswille", in Preßburg, die „Westungarische Volksstimme" wöchentlich je einmal in deutscher Sprache.

Die Gewerkschaftspresse besteht aus folgenden in Budapest erscheinenden Blättern: „Typographia", Fachblatt der Buchdrucker, ungarisch und deutsch; Fachblatt der Eisenbahnarbeiter, ungarisch, erscheinen wöchentlich einmal. Fachblatt der Eisen- und Metallarbeiter, ungarisch und deutsch: Fachblatt der Holzarbeiter, ungarisch: Der Bauarbeiter, ungarisch und deutsch; Fachblatt der Buchbinder, ungarisch und deutsch; Schneider-Fachblatt, ungarisch und deutsch; Der Schuhmacher, ungarisch; Fachblatt der Zimmerer, ungarisch; erscheinen je zweimal monatlich. Der Steinmetz, ungarisch und deutsch; Fachblatt der Kaufmännischen Angestellten, ungarisch; Fachblatt der Maler und Anstreicher, ungarisch; Fachblatt der Lithographen, ungarisch und deutsch; Fachblatt der Konfektionsarbeiter, ungarisch, erscheinen monatlich einmal.

Auch sonstige Preßerzeugnisse erschienen in großer Zahl. Die Gelegenheits-Flugblätter abgerechnet, sind in den letzten zwei Jahren 37 Ausgaben in 445.100 Exemplaren erschienen, davon im letzten Jahre 25 Ausgaben in 336.000 Exemplaren. Unter unseren Verhältnissen sehr ansehnliche Zahlen, besonders wenn man berücksichtigt,

mit welchen Schwierigkeiten die Verbreitung der Preßerzeugnisse verbunden ist, wo jeder Stuhlrichter, ja jeder Nachtwächter sich ermächtigt fühlt, Preßprodukte zu konfisziren.

Die Verfolgungen werden in verschärftem Maße fortgesetzt. Nur im letzten Jahre wurden Genossen wegen ihrer Parteithätigkeit zu insgesammt 25.827 Kronen Geldstrafe und 2583 Tagen Gefängniß verurtheilt. Außerdem erfolgten noch ziemlich viele Verurtheilungen aus dem gewerkschaftlichem Kampfe. Auch die wegen Theilnahme an Erntestreiks Verurtheilten sind nicht mit eingerechnet. Ausgewiesen und abschubirt wurden im letzten Jahre 119 Genossen.

Die Népszava wurde im abgelaufenen Jahre fünfundvierzigmal konfiszirt und erhielt ebensoviele Preßprozesse; Adeverul wurde sechsmal, Narodna Recs zwölfmal konfiszirt.

Die Verfolgungen hatten aber für die Machthaber nicht den gewünschten Erfolg. Während am Parteitag im Jahre 1903 aus Budapest 50 Organisationen mit 92 Delegirten und aus der Provinz 165 Orte mit 182 Organisationen und 257 Delegirten vertreten waren, war der Kongreß im Jahre 1904 von 69 Budapester Organisationen mit 139 Delegirten und von 276 Provinzorten mit 354 Organisationen und 526 Delegirten beschickt.

Die Partei ist also während den Verfolgungen erstarkt.

Die Redaktionen der Parteiblätter in Budapest haben am 17. März 1902 die Institution der kostenlosen Rechtshilfe geschaffen. Wie wichtig dieser Schritt war, stellte sich sehr bald aus dem massenhaften Besuch der festgestellten Amtsstunden heraus. Im ersten Jahre wurde Rechtsbeistand in 1560 Fällen gegeben und schon im nächsten Jahr stieg diese Zahl auf 3840. Die Institution genießt bereits eine riesige Popularität und aus dem ganzen Lande strömen die in ihrem Recht geschmälerten Leute in die Parteilokalitäten. Die organisirten Genossen sind in dieser Beziehung in einer günstigen Lage, denn diese erhalten nicht nur von der Partei, sondern auch von ihren Fachorganisationen Rechtsschutz.

Ein ziemlich sicherer Gradmesser für die Entwickelung der Partei ist ihre materielle Lage. Diesbezüglich können die Jahreseinnahmen Aufschluß geben. Wir geben hier die Einnahmen der letzten zwei Jahre. Die Einnahmen der Népszava und Volksstimme betrugen im Jahre 1903 34.818 Kronen, im Jahre 1904 aber bereits 67.071 Kronen, also eine Steigerung von 94 Prozent. Da die Blätter eigentlich nur von Abonnentengelder Einnahmen haben, erklärt sich die Steigerung von der Zunahme der Abonnenten. Die Einnahmen der Agitationskasse betrugen im Jahre 1903 nur 16.413 Kronen, im Jahre 1904 aber 28.886 Kronen, also eine Steigerung von 75 Prozent. Die Einnahmen der im Parteieigenthum befindlichen Buchhandlung stiegen von 14.570 Kronen im Jahre 1903 auf 36.288 Kronen im Jahre 1904. Die Gesammteinnahmen der Partei stiegen von 65.803 Kronen im Jahre 1903 auf 135.203 Kronen im Jahre 1904. Das Jahr vom Kongreß zu Kongreß gerechnet, der regelmäßig zu Ostern abgehalten wird.

Der Monatsdurchschnitt der einzelnen Einnahmsuqellen in den letzten drei Jahren war der folgende:

	Parteiblätter	Buchhandlung	Agitation
1901/1902	2273	935	1065
1902/1903	2901	1214	1368
1903/1904	5589	3024	2407

Hiemit sind wir am Ende der skizzenhaften Schilderung unserer politischen Bewegung. Sowohl in Bezug auf die Erfolge, als auf die Entwickelung der Bewegung bleibt noch so Manches zu wünschen übrig: die stufenweise Entwickelung ist aber unverkennbar. Auf die Hindernisse haben wir hingewiesen, die wir mit der energischen und zielbewußten Fortsetzung des Kampfes aus dem Wege zu räumen trachten. Wie weit uns das gelingen wird, das kann vielleicht schon die nächste Zukunft zeigen.

Jedenfalls richten sich unsere Bestrebungen dahin, in der Armee der internationalen Sozialdemokratie einen würdigen Platz einzunehmen. Dieses unser Streben ist aufrichtig, die Erfolge jedoch sind nicht immer von uns abhängig.

Die gewerkschaftliche Bewegung.

Heute bekennt sich bereits jeder Sozialdemokrat zu der Ueberzeugung, daß die Grundlage der Arbeiterbewegung die gewerkschaftliche Bewegung, die wirthschaftliche Organisation bildet. Die Fachorganisationen bilden die massive und sichere Basis der Kolonnen, aus deren vereinigten Kraft die einheitliche, politische Partei entsteht. Die gewerkschaftliche Bewegung hat wohl wirthschaftliche Zwecke, aber auch die Endziele der politischen Bewegung sind in erster Reihe wirthschaftliche. Die Erkenntniß dieser Wahrheit durch die Arbeiter hat in Ungarn weniger Schwierigkeiten gehabt und bot weniger Anlaß zu Reibereien als im Ausland.

Unsere eigenthümlichen Verhältnisse, unter denen uns eine organische, politische Bewegung zu machen und aufrechtzuerhalten ohne gewerkschaftliche Organisationen überhaupt unmöglich war, haben viel zu der glatten Entwickelung beigetragen. Wir haben es nicht nothwendig gehabt, die im Ausland geführten Debatten auch bei uns durchzumachen, sondern waren in der angenehmen Lage, die Lehren einfach anzuwenden.

Unsere gewerkschaftliche Bewegung ist kaum ein Dutzend Jahre alt. In den achtziger Jahren gab es noch gar keine Spur von Fachvereinen. Die Industrie befand sich erst im Anfangsstadium und war nicht im Stande, jene Kräfte und Vorbedingungen zu schaffen, mit deren Hilfe die gewerkschaftliche Bewegung entstehen muß. Wir hatten wohl Arbeitervereine, die sich aber blos mit der Auszahlung von Kranken-, Arbeitslosen- und Invaliden-Unterstützungen befaßten.

Der im Jahre 1889 im Paris abgehaltene internationale Kongreß hat erst den Anstoß zu der gewerkschaftlichen Bewegung gegeben, so daß am Parteitag in Budapest im Jahre 1890 schon die Frage der gewerkschaftlichen Organisation auf der Tagesordnung stand. Der Grund dazu war, daß sich damals eine, wenn auch nicht bedeutende Industrie zu entwickeln begann und damit die Gründung von Fachvereinen nicht nur möglich, sondern auch nothwendig war. Andererseits aber öffneten die Zeitströmungen

und die ausländischen Beispiele dem Arbeitern die Augen. Der Parteitag nahm denn auch eine Resolution an, in welcher die Nothwendigkeit der Gründung von Fachvereinen ausgesprochen wurde.

Die Arbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Alsbald erschienen eine Reihe von Fachblättern, doch die Gründung von Vereinen bot viele Schwierigkeiten, ja schien eine Zeit lang unmöglich. Die Statuten wurden dem Ministerium des Innern vergeblich unterbreitet, sie kamen stets ohne Bewilligung zurück. Endlich hatten die Arbeiter die vergeblichen Versuche satt bekommen und bildeten sich freie Organisationen, die natürlich nur im Geheimen wirken konnten. Diese Form der Organisationen wurde dann auch später beibehalten, weil wohl Statuten genehmigt wurden, diese aber ganz nach Willkür der Regierung abgeändert werden mußten. Die freien Organisationen haben nicht nur die Arbeiter von der Kraft der Koalition überzeugt, sondern auch die Regierung zu der Erkenntniß geführt, daß man der Bewegung mit realem Boden die Wege nicht versperren kann.

Die mit Statuten versehenen Vereine bemühten sich in erster Reihe, den Arbeitern das zu ersetzen, was die Schule an ihnen versäumt hat. Es wurden Unterrichtskurse eingerichtet, Vorträge über die wichtigsten Fragen gehalten und Bibliotheken gegründet.

Im Jahre 1892 hielten drei große Branchen, die Schneider, die Schuhmacher und die Tischler Landeskongresse, die damals in erster Reihe agitatorische Zwecke hatten.

Im selben Jahre sind die Branchen-Organisationen schon so erstarkt, daß die Regierung es für nothwendig fand, gegen sie aufzutreten. Mit Gewaltmaßregeln, mit Vernichtung der in Gesetzen und Verordnungen festgelegten Rechten begann der Kampf gegen die sich organisirende Arbeiterschaft. Die Vereinsfreiheit wurde auf ein Minimum reduzirt und die patriotischen Arbeitervereine mit obrigkeitlicher Unterstützung gegründet und reichlich subventionirt. Das half aber Alles nichts. Die begonnene Arbeit ruhte nicht mehr. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat, wenn auch unter riesigen Opfern und An-

strengungen, ihre Organisationen aufrechterhalten und ausgebaut. Diese kleine Abschweifung war nothwendig, wenn wir auch nur von den letzten Jahren berichten wollen. Die kurze Vorgeschichte dient zum besseren Verständniß des Zusammenhanges.

*

Die eigentliche blühende und ereignißreiche, gewerkschaftliche Bewegung datirt vom Jahre 1898, der Zeit der großen Sozialisten-Verfolgungen. Damals haben die bestehenden Organisationen ihre Feuerprobe bestanden. Es war eine große und schwere Arbeit und forderte die Anspannung aller Kräfte, die Probe wurde aber mit Ehren bestanden. Die Regierung war in ihren Mitteln durchaus nicht wählerisch. Es wurden der Reihe nach Ministerial-Verordnungen erlassen, welche das Vereins- und Versammlungsrecht und die persönliche Freiheit — nur der Arbeiter konfiszirten. Zur Vollstreckung der Verordnungen wurde die Polizei und die Gendarmerie verwendet. Die Flinte, die Bajonette, die Photographie-Maschine der Polizei und der Schubwagen waren in ständiger Aktion. Die Arbeiterblätter wurden von der Druckerpresse wegkonfiszirt.

Dieselben Torturen, die von den Parteiorganisationen und von den in der Parteibewegung stehenden Genossen erduldet werden mußten, erduldeten die gewerkschaftlichen Organisationen. Das war in Ungarn umso natürlicher, als die Parteibewegung und die gewerkschaftliche Bewegung eng mit einander verbunden sind. Viele Genossen mußten die Verfolgungen in doppelter Eigenschaft erdulden.

Aber — wie gesagt — diese Verfolgungen konnten die Entwickelung nicht hemmen. Im nächsten Jahre schon konnte der erste Landes-Gewerkschaftskongreß abgehalten werden, der von 37 Budapester und 24 Provinzorganisationen mit 104 Delegirten beschickt war. Der Kongreß befaßte sich mit der Form der Organisation; mit der Regelung der Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung und der Herbergsfrage; mit der Aufstellung eines Gewerkschaftssekretariats; mit der Arbeiterschutzgesetzgebung; mit der

Fachpresse; mit der Arbeitsvermittlung; mit der Streik- und Koalitionsfreiheit.

Das Exekutivkomité hat vor Abhaltung des Kongresses die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter feststellen wollen. Ihre Bemühungen ergaben das folgende Resultat:

	Zahl der Organisationen	Zahl der Mitglieder
Bekleidungs-Industrie	33	5174
Nährmittel-Industrie	9	852
Eisen- u. Metall-Industrie	22	3826
Holz-Industrie	22	3923
Bau-Industrie	21	4951
Keramische-Industrie	4	528
Leder-Industrie	2	562
Vervielfältigungs-Industrie	4	2607
Textil-Industrie	4	426
Berg- und Hütten-Industrie	4	660
Verschiedene Branchen	1	694
	126	23·603

Dieser Ausweis ist nicht vollständig, weil die Aufnahme einer pünktlichen Statistik damals noch unmöglich war.

Bereits Anfangs der 90-er Jahre wurde die Nothwendigkeit der einheitlichen Leitung und des engeren Zusammenschlusses der Gewerkschaften verspürt, so daß ein Gewerkschaftsrath organisirt wurde, der aber im Anfang wegen Mangel an nothwendigen Mitteln seine Aufgabe — die einheitliche Leitung und Entwickelung der Gewerkschaften — nicht erfüllen konnte. Erst mit der Aufstellung des Gewerkschafts-Sekretariats änderte sich dieser Zustand. Zu den Aufgaben des Sekretariats gehören: die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen aufrechtzuerhalten; Aufnahme und Verwerthung statistischer Daten; die noch unorganisirten Branchen zu organisiren; periodische Streikstatistik; die Arbeiterschaft über sozialpolitische Gesetzentwürfe zu orientiren und die Arbeiter zu Aktionen in bestimmten Richtungen anzueifern; wenn möglich ein Organ der Gewerkschaften herauszugeben.

Von diesem Zeitpunkt an datirt der intensive gewerkschaftliche Kampf. Die Gewerkschaften waren bald so erstarkt, daß sie Kämpfe zur Verbesserung der materiellen Lage ihrer Mitglieder aufnehmen konnten. Die Jahre andauernde wirthschaftliche Krise hat nämlich die Lage der Arbeiterschaft so sehr verschlechtert, daß die einzelnen Branchen der Reihe nach Streiks proklamirten, obwohl der Gewerkschaftsrath besonderes Gewicht darauf legte, daß die Streikenden die geeignete Konjunktur benützen sollen. Es waren in den letzten 2 Jahren mehr Streiks, als im ganzen vorhergehenden Jahrzehnt. Es streikten die Bauarbeiter, ein Theil der Bergarbeiter, in mehreren Städten die Eisen- und Metallarbeiter, die Fuhrleute, die Angestellten der elektrischen Stadtbahn, die Buchdrucker, ein Theil der Holzarbeiter, die Schuhmacher und viele kleinere Branchen, so daß mit den Streiks in einzelnen Fabriken im Jahre 1903 in Ungarn mehr als 800 Streiks stattfanden. Der überwiegende Theil der Streits endete mit mehr-minder großem Sieg der Arbeiter. Und in dieser bewegten Zeit erstarkten unsere Gewerkschaften in geradezu überraschender Weise. Am Ende des Jahres 1903 hatten 75 gewerkschaftliche Organisationen insgesammt 41.138 Mitglieder und zwar 39.315 Männer und 1823 Frauen, während Ende 1903 die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter 16.270 war, davon 15.330 Männer und 940 Frauen. In einem Jahre also ein Zuwachs von 25.868 Mitglieder.

Auffallend ist auch die rapide Erstarkung der Landesorganisationen. Der Verband der Eisen- und Metallarbeiter begann seine Thätigkeit im Jahre 1903 und nahm die Vereine der Schlosser, Spengler, Eisen- und Metallgießer, elektrische Installateure, Feilenhauer, Eisenmöbelarbeiter, Gas- und Wasserleitungs-Installateure und die Gold- und Silberarbeiter in sich auf. Diese Vereine hatten damals insgesammt 2400 Mitglieder. Am 31. Dezember desselben Jahres hatte der Verband bereits 7500 Mitglieder.

Der Fachverein der Bauarbeiter hatte am 1. Dezember 1902 nur 206 Mitglieder, am 31. Dezember 1903 aber schon 7969 Mitglieder.

Einen schönen Fortschritt weisen auch die Landesvereine der Buchdrucker, der Buchbinder, der Schneider, der Schuhmacher und der Holzarbeiter auf.

Die Budapester Landes- und Ortsvereine hatten am 31. Dezember 1903 insgesammt 36.818 Mitglieder. Die selbstständigen Vereine in der Provinz 4320 Mitglieder. In Budapest arbeiten also ungefähr 30.000 und in der Provinz 11.000 gewerkschaftlich organisirte Arbeiter.

Im Verhältniß zum Zuwachs der Mitglieder steht auch der Zuwachs an Vermögen und an Unterstützungen. Am 31. Dezember 1903 hatten die Gewerkschaften ein Baarvermögen von 141.002.59 Kronen und ein Inventar im Werthe von 69.406.19 Kronen. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1903 273.880.41 Kronen. Davon wurden als Arbeitslosen-Unterstützung 37.944.21 Kronen ausgezahlt; dazu kommt noch die ausgezahlte Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 49.335.60 Kronen seitens des Unterstützungsvereins der Buchdrucker, so daß die Summe 87.289.81 Kronen ausmacht. Für Reiseunterstützung wurden 3145.54 Kronen ausgezahlt, während die Buchdrucker allein 21.234.00 Kronen auszahlten. Für Rechtsschutz wurden 2035.32 Kronen verwendet, für Unterrichtszwecke 11.927.01 Kronen. Die Gesammtsumme der Ausgaben war 201.189.19 Kronen.

Die Gewerkschaften bezahlten im Jahre 1903 insgesammt 20.885.38 Kronen für Wohnungsmiethe, denn die meisten Vereine haben Privatlokale.

In den Bibliotheken der Gewerkschaften waren am 31. Dezember 1903 an ungarischen Werken 24.341 Bände, an deutschen Werken 32.827 Bände.

Es wäre ganz natürlich, wenn die Gewerkschaften in den Jahren der Verfolgungen mit dem Unterricht der Mitglieder sich weniger beschäftigt hätten. Das ist aber nicht der Fall. Der Fortschritt auf diesem Gebiet reiht sich würdig den Fortschritten auf anderen Gebieten an. Im ganzen Winter werden in allen Vereinen Unterrichtskurse aus den nothwendigen Wissenszweigen und Vorträge über Zweck und Ziel der Arbeiterbewegung über die Prinzipien der Sozialdemokratie und Fragen der Taktik gehalten. Außerdem wurden auch für die fortgeschritteneren Arbei-

ter Kurse aus höheren Wissensgebieten gehalten. Wissenschaftliche Fachmänner hielten da Vorträge über Entwicklungslehre, Physiologie, wirthschaftliche Entwicklungsgeschichte, Soziologie, Naturwissenschaft, Weltgeschichte u. s. w. Alle diese Kurse hatten massenhaften und ausdauernden Besuch. Bürgerliche Vereine versuchen wohl auch Unterrichtskurse zu veranstalten, wobei in „patriotischem" Geist unterrichtet wird, doch können sie auf keinen grünen Zweig kommen.

Die gewerkschaftliche Bewegung ist erst jetzt richtig in Fluß. Unter den Arbeitern verbreitet sich rapid die Ueberzeugung, daß der anständige Arbeiter seiner Gewerkschaft angehören muß. Wenn sie aber trotz aller Agitation den Gewerkschaften fernbleilen würden, die wirthschaftliche Lage würde sie bei uns zwingen, sich ihren Klassengenossen anzuschließen und Hilfe zu suchen, die sie sonst nirgends finden. Dem ist es denn auch zuzuschreiben, daß die Gewerkschaften in letzter Zeit in — unter unseren Verhältnissen — unglaublicher Weise erstarkt sind.

Die eigentliche Arbeit kann denn auch jetzt schon — wo die nothwendige Kraft vorhanden ist — begonnen werden.

Noch müssen wir der Vereine der Feldarbeiter Erwähnung thun. Die weitaus meisten sind Bildungsvereine, die sich mit wirthschaftlichen und politischen Fragen nicht befassen dürfen, leisten aber der Bewegung überaus nützliche Dienste. Im ganzen Lande sind rund 200 solcher Vereine mit 15.000 Mitgliedern.

*

Das wäre unser Bericht. Wenn wir auch nicht alle unsere Pflichten erfüllt haben, so war das doch unser ehrliches Streben. Nicht der Wille fehlte, sondern die Kraft, die sich uns entgegenthürmenden Hindernisse wegzuräumen. Dieses Bewußtsein ist eine Garantie dafür, daß uns die Zukunft die Früchte unserer Ausdauer bringen wird, und daß einst, in den kommenden besseren Tagen der menschlichen Gesellschaft auch die ungarländische Arbeiterschaft mit Zufriedenheit auf das Geschaffene blicken kann, für dessen Zustandekommen sie keine Mühe und Opfer scheute.

An die Redaktionen der Parteiblätter aller Länder!

Es ist wohl ziemlich bekannt, daß die ungarische Regierung die Budapester Korrespondenten auswärtiger, bürgerlicher Zeitungen und eine Reihe von auswärtigen Zeitungen selbst ausgiebig füttert, damit diese über Ungarn tendenziös gefärbte Berichte bringen. Das ist mit ein Grund, daß in Westeuropa noch immer die Meinung verbreitet ist, Ungarn wäre bereits ein Kulturstaat und ein verfassungsmäßig regiertes Land mit freiheitlichen Institutionen. Wir wollen hier eine Reihe von Thatsachen anführen, um einestheils unseren Genossen in den Redaktionen von Parteizeitungen Material zu bieten, das Ungarn in richtiger Beleuchtung zeigt; andererseits, um zu ermöglichen, daß auch im Wege der Informirung der auswärtigen öffentlichen Meinung ein gewisser Druck auf die ungarischen Machthaber geübt werde. Es ist nämlich Erfahrungssache, daß den Herrschenden in Ungarn nichts so schmerzt, als eine ausländische abfällige Kritik ungarländischer Zustände. Wir ersuchen also die geehrten Redaktionen der Parteizeitungen von dem unten folgenden Material in geeigneter Weise Gebrauch zu machen.

*

Die Zahl der Bewohner Ungarns beträgt 19,254.559, davon sind 8,830.995 erwerbende und 10,423.564 erhaltene Personen; es entfallen demnach auf 100 Erwerbende 118 Erhaltene.

Von der Agrikultur ernährten sich im Jahre 1900 13,175.083 Personen, davon waren 7,119.693 Erhaltene. Von 1890 bis 1900 sank die Zahl der selbstständigen Besitzer um 50.500, die des Gesindes um 30.000, hingegen

wuchs die Zahl der landwirthschaftlichen Taglöhner um 200.000. Im Jahre 1890 waren von 100 Erwerbenden in der Landwirthschaft 35 selbstständige Besitzer, 11 Dienstboten und 24 Taglöhner; im Jahre 1900 aber 31 Selbstständige, 10 Dienstleute und 27 Taglöhner. Die Zahl der arbeitenden Frauen in der Landwirthschaft ist um 400.000 gewachsen.

In der eigentlichen Industrie waren im Jahre 1900 beschäftigt 1,077.226 Personen (1890 854.822), in der Hausindustrie 43.081 Personen (1890 14.520), in der Wanderindustrie 6823 (1890 3674). Vom Jahre 1890 bis 1900 ist das Kontingent der beschäftigten Männer um 18 Perzent, die der Frauen jedoch um 50 Perzent gestiegen. Auf je 100 selbstständige Industrielle entfielen im Jahre 1890 blos 129 Angestellte, im Jahre 1900 schon 182 Angestellte. Die Zahl der selbständigen Industriellen sank von 326.925 im Jahre 1890 auf 313.054 im Jahre 1900.

Laut dem statistischen Ausweis des ungarischen Ackerbauministeriums betrug 1900 im ganzen Lande die durchschnittliche Höhe des Lohnes der landwirthschaftlichen Arbeiter (ohne Verpflegung) im Frühjahr 111 Heller, im Sommer 174 Heller, im Herbst 127 Heller und im Winter 91 Heller. Die höchsten Löhne werden im Komitat Csongrád mit 275 Heller, die niedrigsten im Komitat Kisküküllö und Szolnok-Doboka mit 64 Hellern bezahlt. Diese Zahlen stimmen jedoch gar nicht mit den Ergebnissen privater unparteiischer Untersuchungen überein. Die weitaus größte Mehrheit der Landarbeiter hat nämlich höchstens 3—4 Monate im Jahre Beschäftigung und nur während dieser Zeit werden die obigen Löhne „verdient". Dr. Karl Keleti, Direktor des Statistischen Zentralamts, konstatirt in der „Ernährungsstatistik der Bevölkerung Ungarns", (Seite 53) daß der Feldarbeiter jährlich für seine und seiner Familie Erhaltung 60—80 Gulden verwenden kann. Selbst im Alföld bleiben nach einem von Dr. Ecseri veröffentlichten Budget eines Orosházaer Feldarbeiters dem Arbeiter nur 122 fl. 35 kr., das ist 67 Heller täglich zum Leben.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß Dr. Fekete am VIII. internationalen hygienisch-demographi-

schen Kongreß in Budapest „aufrichtig bekennen muß, daß ein großer Theil der Ackerbauer, ja die Bevölkerung ganzer Gegenden degenerirt" und daß die Pellagra, das Trachom, der Hungerthyphus in Ungarn nicht aussterben wollen. Laut einem Vortrag des Sanitätsinspektors Dr. Eugen Farkas bieten die Ernährungsverhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter „ein geradezu erschreckendes Bild". Die Bevölkerung großer Theile des Trencsiner Komitats verköstigt sich ausschließlich mit Kartoffeln in Essig ohne Fett und Fleisch. In einigen Theilen des Bereger Komitats verköstigt sich der Feldarbeiter lediglich mit trockenen oder mit Maismehl gemengten Bohnen, gekochten oder gebratenen Kartoffeln in Krautsuppe oder in rohem Kraut und mit elendem Maisbrod. Im Komitate Arva ernähren sich nach Keleti's „Ernährungsstatistik" sämmtliche Gemeinden schlecht von ungesäuertem Gersten- oder Haferbrod bezw. Maiskuchen. Das Liptóer Komitat gehört nach Keleti zu den am schlechtesten genährten Komitaten. Mit Ausnahme von zwei Gemeinden wird Brod nur an Sonntagen und feierlichen Gelegenheiten gegessen. Statt dessen ernährt sich die Bevölkerung von einer aus Korn-, Gerste- oder Maismehl zubereiteten Mehlspeise. Das Hauptnahrungsmittel besteht in Kartoffeln. Ebenso steht es im Gömörer und im Zipser Komitat. Der höchst mangelhaften Ernährung und dem lang andauernden Zwangsfasten ist es zuzuschreiben, daß die Bevölkerung verkümmert, kaum arbeitsfähig ist und kaum Etwas verdienen kann. Im Biharer und Marmaroser Komitat wird der größte Theil des Jahres durchgefastet. Fleisch genießt kaum der Hundertste, Fett kaum jeder Dreihundertste, und bilden Gurken, Kürbis, Salat, zumeist aber Maiskuchen die Hauptnahrung. Aehnliche Zustande herrschen in dem Komitaten Szatmár, Szilágy, Arad, Temes. Nach Dr. Fekete lebt denn auch zwei Drittel des slovakischen Volkes von Kartoffeln, oder elendem Hafer- oder Gerstenbrod. Zu den Kartoffeln ist nicht einmal immer Fett und das kaum den Namen verdienende Brod nicht immer in hinreichender Menge vorhanden. Der Walache und der Székler ernährt sich ebenso elend. Der Hungertyphus tritt wohl zumeist in den nördlichen Komitaten

des Landes auf, doch kennt man die Hungersnoth bereits in allen Gegenden.

Nach der vom Handelsministerium herausgegebenen „Betriebs- und Arbeiter-Statistik“ hatten am Ende des Jahres 1901 von Allen in der Industrie Beschäftigten wöchentlich:

Weniger	als	10	Kronen	31·07	Perzent
„	„	14	„	22·34	„
„	„	20	„	20·60	„
„	„	30	„	15·32	„
„	„	40	„	4·65	„
„	„	50	„	1·56	„
„	„	60	„	0·46	„
Mehr	„	60	„	0·21	„

Diese Daten beziehen sich auf die in Großbetrieben beschäftigten Arbeiter. Im Kleinbetrieb, bei dem mit unvollkommenen technischen Hilfsmitteln und ohne Betriebskapital arbeitenden Kleingewerbe, das aber in Ungarn noch immer vorherrschend ist, werden noch elendere Löhne gezahlt. Eine Statistik ist leider nicht vorhanden, die häufigen und erbitterten Streiks mit minimalen Forderungen sprechen jedoch Bände.

In der Hausindustrie herrschen natürlich ebenfalls die traurigsten Lohnverhältnisse: Laut dem Bericht der Neusohler Handels- und Gewerbekammer vom Jahre 1903, verdient im Komitat Arva durchschnittlich eine Person in der Weberei täglich 58 Heller; in der Steinhauerei 40 Heller. Im Komitat Bars wird bei der Spitzenklöppelei ein Tagesverdienst von 17 Hellern, bei der Holzschindel- und Weinsteckenmacherei ein Tagesverdienst von 45 Hellern erzielt. Im Komitat Sohl verdienen die Stuhleinflechter durchschnittlich 45 Heller täglich. Also ein Arbeitseinkommen von 17 bis 58 Hellern bei einer schier endlosen Arbeitszeit!

Diese elenden Lohnverhältnisse bestehen aber nicht nur bei Privatunternehmern, sondern auch in staatlichen Betrieben. Daß in allen Staatsämtern das ganze Jahr über sogenannte Diurnisten für 80 Kreuzer bis 1 fl. täglich arbeiten, daß Tausende von Eisenbahnbedienstete für 70 Kreuzer bis 1 fl. 18 bis 20 Stunden arbeiten, ist nicht nur in Ungarn bekannt. Vor Kurzem erschien die Bilanz

über den Tabakverschleiß, der in Ungarn vom Staate monopolisirt ist, herausgegeben vom ungarischen Finanzministerium. Nach dieser sind die Gesammteinnahmen 107,054.000 K., die Ausgaben 45,291.000 K., somit ist der Reingewinn nicht weniger als 61,763.000 Kronen. Als Arbeitslohn wurden 12,504.000 Kronen ausgezahlt. In den ungarischen Tabakfabriken sind 134 Beamte, 233 Unterbeamte und Diener, 1166 Arbeiter, 16.339 Arbeiterinen und 24 Kinder, zusammen also 18.456 Personen. Nach Abzug der Beamtengehälter entfällt auf die Arbeiter ein Durchschnittslohn von 120 Heller pro Tag.

Noch wollen wir einige Daten über die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter anführen. Im Baranya-Szabolcser Bergrevier der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft wurden nach Original-Lohnlisten ausgezahlt: Einem Arbeiter

mit 26 Schichten	K.	45.59	davon	Abzüge	40.29
„ 18 „	„	31.55	„	„	31.13
„ 25½ „	„	44.70	„	„	40.51
„ 35 „	„	59.85	„	„	56.68
„ 32 „	„	54.74	„	„	54.55
„ 14 „	„	23.95	„	„	23.73

Wie aus den Abzügen ersichtlich, bekommen die Bergarbeiter kaum jemals Baargeld in die Hand. Neben der Herrschaft des Trucksystems ist daran das unverschämteste Strafgeldersystem schuldig. Ganz ähnlich oder noch ärger liegen die Verhältnisse in anderen Revieren. Die verzweifelte Lage der ungarländischen Bergarbeiter wird am krassesten durch einen Erlaß des österreichischen Ackerbauministeriums an die Berghauptmannschaften in Wien, Prag, Klagenfurt und Krakau illustrirt, wonach die Wurmkrankheit bisher fast ausnahmslos an solchen Arbeitern beobachtet wurde, welche zuvor im Bergbau in Ungarn beschäftigt waren. Es wird also den Werksunternehmungen nahegelegt, Arbeiter, welche in den letzten fünf Jahren im ungarischen Bergbau beschäftigt waren, nur nach sorgfältiger ärztlicher Untersuchung in Arbeit zu nehmen.

Die Arbeitszeit in Industrie und Gewerbe ist laut §. 177 des Gewerbegesetzes eine sechzehnstündige, darf aber mit besonderer Genehmigung der Gewerbebehörde (zumeist gleichzeitig Polizeibehörde) noch weiter ausgedehnt werden.

In der Landwirthschaft ist die Arbeitszeit durch G.-A. II. vom Jahre 1898 (Sklavengesetz) von Sonnenaufgang bis Sonn nuntergang bestimmt. Die Sonntagsruhe ist bisher durch 17 Ausnahmen statuirenden Verordnungen durchlöchert. Die Ausnahmen umfassen die meisten größeren Gewerben. Vom Schutz der Frauen- und Kinderarbeit ist im Gewerbegesetz kaum eine Spur.

Nach einer von Dr. Friedrich Fellner angestellten Berechnung ist das reine Volkseinkommen in Ungarn aus folgenden Bestandtheilen zusammengesetzt: Urproduktion 2.327,098.288 Kronen (65.27%), Industrie 767,423.125 Kronen (21.52%), Handel und Transport 409,012.805 Kronen (11.47%), Bezüge an Zinsen und Renten aus dem Ausland 61,622.812 Kronen (1.74%). Das gesammte Volkseinkommen stellt sich daher auf 3.565,157.030 Kronen und abzüglich der ins Ausland fließenden Zinsen und Renten das reine Volkseinkommen auf 3.210,627.497 Kronen. Das Einkommen aus persönlichen Dienstleistungen beträgt 605,209.890 Kronen.

Die politischen Rechte.

Das Wahlrecht.

Von den rund 20 Millionen Einwohnern haben in Ungarn rund 1 Million Staatsbürger das parlamentarische Wahlrecht. Das Wahlrecht ist heute, im Jahre 1904, viel schlechter, als vor dem Jahre 1848, trotzdem die 1848-er Gesetze nicht nur die Leibeigenschaft aufgehoben, sondern auch die Rechtsgleichheit proklamirt haben. Von den 1848-er Gesetzen ist aber — wie noch ausgeführt werden soll — garnichts durchgeführt. Von den 11 Millionen Einwohnern Ungarns im Jahre 1846 hatten 700.000 Bürger das Wahlrecht. Zur Zeit der Adelsprivilegien also hatte jeder 16. das Wahlrecht, während heute nur jeder 20. das Wahlrecht besitzt. Die Lohnarbeiterschaft ist durch eine separate Bestimmung des Wahlgesetzes vom Wahlrecht ausdrücklich ausgeschlossen. Der verhältnißmäßige Rückgang der Zahl der Wahlberechtigten erklärt sich aus dem Rückgang der Zahl selbstständiger Existenzen und aus den Machi-

nationen bei Zusammenstellung der Wählerliste. So ist zum Beispiel die Zahl der Wähler im Komitat Neutra von 22.812 im Jahre 1895 auf 19.057 im Jahre 1896 zurückgegangen. Das Jahr 1896 war ein Wahljahr — das erklärt Vieles. Auf die Ergebnisse der Wahlen haben noch eine ganze Reihe anderer Faktore Einfluß. An der Wahl des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses haben rund 520.000 Wähler theilgenommen, also etwas über die Hälfte aller Wahlberechtigten. Für die Regierungspartei stimmten rund 280.000 Wähler, für die oppositionellen Parteien 240.000 Wähler. Zur Regierungspartei gehören 280 Abgeordnete, zu dem oppositionellen Parteien 170 Abgeordnete.

Wie übrigens die Wahlen gemacht werden, zeigen folgende Beispiele: Der sozialistische Kandidat des Wahlkreises Baja wurde, nachdem die Versammlung, in welcher er seine Programmrede halten sollte, behördlich angemeldet und in der Stadt plakatirt war mit einem Bescheid der Bajaer Polizeibehörde bedacht, laut welcher er für immerwährende Zeiten aus Baja ausgewiesen ist. Der Bescheid wurde ihm in Budapest eingehändigt, da er weder damals, noch je zuvor in Baja war. Natürlich mußte die Kandidation unterbleiben. — Der sozialistische Kandidat des Wahlkreises Dunavecse wurde bei seiner Ankunft in den Wahlkreis vom Oberstuhlrichter verhaftet, zwei Tage gefangen gehalten und dann für immer aus dem ganzen Bezirk ausgewiesen. — Versammlungen, in welchen der sozialdemokratische Kandidat seine Programmrede halten soll, werden sehr häufig — wie zuletzt in Kula und Ugra — einfach verboten, trotzdem das Wahlgesetz ausdrücklich bestimmt, daß solche Versammlungen nicht verboten werden dürfen. Bis aber eine eventuelle Appellation erledigt wird, ist die Wahl längst vorbei. Die Anfechtung der erfolgten Wahl ist ebenfalls beinahe unmöglich gemacht, weil der Anfechter 3000 Kronen zur Deckung der Untersuchungskosten sofort zu erlegen hat und eventuell die ganzen Kosten decken muß, die sich auf 10.000 bis 50.000 Kronen belaufen. Uebrigens ist auch gesetzlich vorgesorgt, daß kein Sozialdemokrat in das Abgeordnetenhaus eindringe, denn das Mandat des Abgeordneten,

welcher in der Wahlagitation gegen Staatseinrichtungen, gegen die Kirche, gegen die Familie, gegen den Privatbesitz, gegen bestehende Gesetze aufreizt, wird ohne Weiteres vernichtet. Und welchem gewählten Sozialdemokraten könnte man das in Ungarn nicht „nachweisen"?!

Präsident des Abgeordnetenhauses ist Desider Perczel, der berüchtigte Komplize Bánffy's. Perczel wurde zuerst von der Wiener „Arbeiter-Zeitung", dann von der ungarländischen Parteipresse und später auch von einzelnen bürgerlichen Blättern ganz offen angeklagt, er sei als Minister des Innern mit 50.000 fl. bestochen worden, um ein Verwaltungsverfahren gegen Weinfälscher niederzuschlagen. Trotzdem er damals großmäulig mit der Preßklage drohte, ist diese bis heute — nach 5 Jahren — nicht erhoben, obwohl er oft daran erinnert wird. Das bestehende Wahlsystem bringt eben Abgeordnete hervor, die mit sammt ihrem Präsidenten eigentlich in den Kerker gehören. Da ist zum Beispiel der Hauptschreier der klerikal-nationalistischen Oppositionspartei Ugron. Er steht unter der Anklage der betrügerischen und verbrecherischen Krida. Auch hat er ein Provinz-Kreditinstitut, dessen Einleger sich aus den kleinen Leuten der Gegend rekrutirten, durch eine Wechselmanipulation um 200.000 Kronen geschädigt. In Folge dessen sind zahlreiche Existenzen zu Grunde gerichtet worden. Ugron hat von der Regierung zur Errichtung von Industrie-Unternehmungen Gelder erhalten, die Gelder aber verbraucht, ohne die Etablissements zu errichten. Er ist aber auch heute noch eine Leuchte des Parlaments und ein großer Moralprediger im Abgeordnetenhause. Gegen den Abgeordneten Ludwig Csávolßky schwebt ein Prozeß wegen Veruntreuung in der Höhe von 34.000 Kronen. — Gegen den Abgeordneten Paul Nessi ist ein Verfahren wegen Defraudation in der Höhe von 604.000 Kronen im Zuge. — Gegen den klerikalen Abgeordneten Béla Jankovich haben eine Reihe von Juwelieren die Anzeige erstattet, wonach der Abgeordnete Pretiosen aus den Geschäften nach Hause mitgenommen habe, mit dem Versprechen, konvenirendenfalls dieselben zu bezahlen. Er habe nun alle Juwelen behalten, ohne etwas zu zahlen. — Der Abgeordnete Valentin Eötvös

steht unter der Anklage ein Sparkassebuch über 7200 Kronen gefälscht und in Verkehr gebracht zu haben, außerdem soll er die Valuta eines Wechsels per 2000 Kronen und die ganze Einlage eines Sparkassenbuches per 10.000 Kronen behoben haben, ohne diese Summen vorher einzuzahlen. — Der gewesene Abgeordnete Koloman Szecsödy ist wegen Fälschung von Postwerthzeichen bereits im Zuchthaus. — Der gewesene Abgeordnete Emil Babó ist, nachdem er im Magnatenkasino als Falschspieler entlarvt wurde, flüchtig geworden.

Wie in Ungarn ein Abgeordnetenhaus zu Stande kommt, illustrirt auch der folgende Vorfall zur Genüge: Gegen den Abgeordneten Béla Polyák wurde beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses die Inkompatibilitätsanzeige erstattet. Der Inkompatibilitäts-Ausschuß fand denn auch, daß Polyák als Vizepräsident der Internationalen Waggonleihanstalt mit der Regierung im Vertragsverhältniß stehe und beschloß, Polyák aufzufordern entweder von der Stelle bei der Waggonleihanstalt, oder vom Mandat als Abgeordneter zurückzutreten. Der Ausschuß verständigte von seinem Beschluß zugleich den damaligen Ministerpräsidenten Bánffy, der jedoch mit der Begründung, das Mandat Polyák's koste der regierungsparteilichen Wahlkassa 106.000 Kronen, dem Beschluß nicht zustimmen wollte. Hierauf besann sich der Inkompatibilitäts-Ausschuß eines Besseren und erklärte Polyák für kompatibel. Durch eine von einem unserer Parteigenossen erstatteten neuerlichen Anzeige kam der Fall wieder vor das Abgeordnetenhaus, wobei der Abgeordnete Rakovßky erklärte, einen noch schwereren Fall zu kennen und bereit zu sein, hinter verschlossenen Thüren dokumentarische Beweise vorzulegen. Er wurde jedoch dazu nicht aufgefordert und freiwillig that er es auch nicht.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Graf Stefan Tißa wurde von einem bürgerlichen Journalisten ganz unumwunden mit den schwersten Anklagen belegt, weil er als Präsident einer Bank mit dem Aktienkapital nicht nur vom Gesetze ausdrücklich verbotene, sondern auch die Bank schwer schädigende Transaktionen vornahm. Gegen den bürgerlichen Journalisten erhob wohl Tißa vor zwei Jahren die Preßklage, doch ist — trotz zahlreicher Urganzen des

Angeklagten — bis heute noch keine Verhandlung zu Stande gekommen. Unsere Blätter aber wurden, wenn sie von dieser Angelegenheit schrieben, einfach konfisziert, ohne daß es bisher zu einer Verhandlung gekommen wäre.

Mitglied der gegenwärtigen Regierung und Minister am königlichen Hoflager ist auch der gewesene Ministerpräsident Graf Karl Khuen-Hédervary, der wegen dem Versuch, oppositionelle Abgeordnete und Zeitungen zu bestechen, damit sie den Obstruktionskampf einstellen, seinen Platz verlassen mußte. Damals wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, die auch Wochen hindurch thätig war; deren Bericht ist aber bis heute — nach einem vollen Jahr — noch nicht zur Verhandlung gelangt.

Die erwähnte regierungsparteiliche Wahlkasse, aus der die Kosten der Wahlschlachten regierungsparteilicher Abgeordneter gedeckt werden, wird in echt ungarischer Manier gefüllt. Leute, die Knopflochschmerzen haben, oder sich nach Nobilitirung sehnen, oder eine weitere Standeserhöhung wünschen, zahlen zu Händen des Ministerpräsidenten eine entsprechend hohe Summe. Ministerpräsident Bánffy raffte auf diese Weise fünf Millionen zusammen, mit denen er eine selbst in Ungarn empörende Wahlschlacht schlug und ein Abgeordnetenhaus zusammenbrachte, das allen rechtsmörderischen Tollheiten Bánffy's gegenüber stumm blieb.

Die Presse.

Der Gesetzartikel XVIII. vom Jahre 1848 bestimmt:

„Nachdem die Präventiv-Zensur für immer aufgehoben und die Preßfreiheit wieder hergestellt ist, wird zu deren Sicherstellung einstweilen verordnet:

§. 1. Jedermann kann seine Gedanken durch die Presse frei mittheilen und frei verbreiten."

Das wäre also die Statuirung der Preßfreiheit. Im Jahre 1898 aber, zur 50jährigen Erinnerung an die Erringung dieser Preßfreiheit verordnete der damalige Justizminister Alexander Erdély, daß sozialdemokratische Zei-

tungen von der Post erst expedirt werden dürfen, wenn der im Postamt inspektionirende Staatsanwalt dazu seine Einwilligung gibt. Diese Verordnung hat das 1848-er Preßgesetz für sozialdemokratische Drucksachen außer Kraft gesetzt und viel ärgere Zustände geschaffen, als unter der Herrschaft der Zensur bestanden. Das Verfahren ist heute folgendes: die sozialdemokratischen Zeitungen werden mit Adressenschleifen und Postmarken versehen der Post zur Expedition übergeben. Dort werden die Zeitungen vom Staatsanwalt durchgesehen und zumeist auch konfiszirt. Die erfolgte Konfiszirung wird der Administration erst am andern Tage bekanntgegeben. Die fertig gedruckten Zeitungen, die Postmarken und die ganze Arbeit ist verloren. Laut §. 13 des Preßgesetzes kann wegen Preßvergehens bestraft werden: 1. der Verfasser, wenn der unbekannt bleibt; 2. der Herausgeber und wenn auch der nicht zu finden ist, 3. der Drucker. Aber immer nur eine Person. Nun wird durch das geübte Verfahren nicht nur der angeklagte Verfasser gewöhnlich zu mehrmonatlicher Freiheitsstrafe verurtheilt, sondern auch der Herausgeber durch die Konfiszirung der fertigen Zeitungen und Postmarken, besonders aber durch die dem Verfasser zudiktirte Nebenstrafe in Form von 1000—2000 Kronen Geldstrafe geschädigt u. zw. dadurch, daß bereits im Urtheil ausgesprochen wird, die Geldstrafe sei von der Kaution des Blattes abzuziehen. Bekanntlich müssen Zeitungen, die öfter als einmal monatlich erscheinen 10.500 Kronen, täglich erscheinende Zeitungen 21.000 Kronen Kaution bei der Staatskassa erlegen — wenn sie Artikel politischen Inhalts veröffentlichen wollen. Diese Kaution muß natürlich vom Herausgeber erlegt werden und muß immer komplett sein, sonst können in der Zeitung politische Fragen nicht behandelt werden.

Unsere Parteiblätter versuchten, einige Zeitungen vor dem Druck der ganzen Auflage auf die Post zu liefern, um so zu erfahren, welche Artikel konfiszirt sind. Durch Weglassung der inkriminirten Artikel in der eigentlichen Auflage wollten unsere Parteiblätter dem Schaden der Konfiskation entgehen. Dem Prozeß können sie nicht entgehen, weil die Thatsache, daß der inkriminirte Artikel —

wegen der Konfiszirung auf der Post — gar nicht verbreitet wurde, entgegen dem Gesetze nicht strafausschließend wirkt. Der Versuch blieb nutzlos. Der Staatsanwalt wartete einfach die ganze Auflage ab und konfiszirte erst dann. Auch geschieht es oft, daß nach der Konfiskation der ersten Auflage eine neue Auflage mit Weglassung des inkriminirten Artikels gedruckt und auf die Post geliefert wurde, die dann wieder der Konfiskation verfiel und zwar wegen einem Artikel, der bereits in der ersten Auflage enthalten war und unangefochten blieb.

Das ganze System richtet sich zweifellos auf die Verhinderung der Verbreitung unserer Parteipresse und auf den finanziellen Zusammenbruch derselben.

Neuestens enden unsere sehr häufigen Preßprozesse jedesmal mit Kautionsabzügen in der Höhe von 1000—2000 Kronen. Von Amtswegen zu verfolgende Preßdelikte verjähren laut dem Preßgesetz nach 6 Monaten vom Erscheinungstag gerechnet. Trotzdem werden Broschüren, die bereits vor Jahren erschienen sind und unverändert zur Neuauflage kommen, unbedenklich konfiszirt. So wurde zum Beispiel die Broschüre „Christenthum und Sozialismus", enthaltend die Antwort August Bebel's auf den Brief des Kaplans Hohoff im Februar 1904 in Budapest konfiszirt, obwohl die erste Auflage in ungarischer Sprache bereits vor 10 Jahren erschienen ist.

Wenn übrigens der Staatsanwalt am Erscheinungsorte einer Druckschrift dieselbe unbehelligt läßt, so ist damit die freie Verbreitung noch lange nicht garantirt. Dann kommen erst die Polizisten, die Gendarmen, die Dorfnotäre und selbst die Postmeister in der Provinz, wo die sozialdemokratischen Drucksachen theils dem Adressaten nicht eingehändigt, theils nachdem der Polizei die Adressaten bekannt gegeben wurden, diesen die Drucksachen gewaltsam weggenommen werden. Widerstand nutzt ebenso wenig als Anzeige. Im ersten
Widerstand nutzt ebenso wenig als Anzeige. Im ersten
Fall macht man mit der Waffe Bekanntschaft, im zweiten Fall hat man nur nutzlose Laufereien und Plackereien. Aber nicht nur sozialdemokratische Drucksachen werden so weggenommen, sondern Alles, was zum Lesen aber kein Gebetbuch oder chauvinistischer Schund ist. Auf diese Weise wurde einem unserer Genossen in der Provinz das unga=

rische Strafgesetzbuch, einen Andern ein Band Petöfi'scher Gedichte konfiszirt.

Eine weitere Erschwerung für die Verbreitung der Presse ist eine Verordnung des gewesenen Ministerpräsidenten und Minister des Innern, Koloman Széll, aus dem Jahre 1902, wonach die Post verpflichtet ist, geschlossene Postsendungen, die den Verdacht erwecken, Drucksachen zu enthalten, die zum Auswandern nach Amerika anreizen, nicht dem Adressaten, sondern der Polizei zu übergeben, die dann das Entsprechende zu veranlassen hat. Mit Berufung auf diese Verordnung wurde z. B. in Werschetz eine Zeitlang die Korrespondenz unserer Genossen inhibirt.

Gegen die Erdrosselung der Preßfreiheit hat die bürgerliche Presse natürlich nichts gethan. Sie war eben der Meinung, daß der leidende Theil nur die sozialdemokratische Presse bleibt, die ihr ja selbst unangenehm ist. Diese Feigheit rächte sich bitter. Die Machthaber blieben nämlich bei der sozialdemokratischen Presse gar nicht stehen, denn als sie sahen, daß sich im bürgerlichen Blätterwald nichts rührt, gingen sie gegen die unbequemen oppositionellen Zeitungen los. So erhielt ein Budapester Blatt, das „Neues Politisches Volksblatt" die Mittheilung, daß der Staatsanwalt angewiesen wurde, den Inhalt des Blattes vor der Expedition durch die Post durchzusehen. An dem in Budapest abgehaltenen Kongreß der ungarländischen Zeitungsherausgeber beschwerte sich ein Miskolczer Verleger darüber, daß in Miskolcz keine Zeitung verbreitet werden dürfte, ehe dieselbe die Zensur der Staatsanwaltschaft passirt habe.

Uebrigens gibt es kaum ein Land, dessen bürgerliche Presse so korrumpirt wäre, als Ungarn. Der Präsident des Budapester Journalistenvereins, der Abgeordnete Josef Véßi, strengte gegen einen Journalisten eine Preßklage an, weil dieser die Budapester Tagespresse der Käuflichkeit zieh. Der Angeklagte wurde vom Gerichtshof in Stuhlweißenburg freigesprochen, weil es ihm — wie es in der Begründung des Urtheils heißt — vollkommen gelungen ist, nachzuweisen, daß die Budapester Tagespresse — und somit auch das Blatt des Herrn Véßi — nur das und so schreibt, wofür und wie sie bezahlt wird. Die po=

litischen Publizisten der ungarischen Presse sind die schofelsten Gesinnungslumpen. Da ist z. B. der klerikal-nationalistische Abgeordnete Nikolaus Bartha, der zu gleicher Zeit Leitartikel für ein extrem-oppositionelles und für ein blind-regierungsparteiliches Tageblatt schrieb. Er hatte sogar die Unverfrorenheit, die an einem Tage in beiden Blättern erschienenen politischen Artikel zu unterschreiben. Der Leitartikler des Tißa'schen Leibblattes, Thomas Kóbor schreibt zugleich für zwei Blätter politische Leitartikel, die je eine andere politische Richtung verfolgen. Am vielseitigsten ist aber der Götze des ungarischen Kleinbürgerthums Karl Eötvös. Er ist Hauptmitarbeiter des offiziellen Organs der Kossuth-Partei, gehört jedoch im Parlament der gegnerischen Bánffy-Partei an; zugleich ist er im VI. Budapester Bezirk, in dem er wohnt, Mitglied des Theresienstädter Kasinos, der politischen Organisation der Regierungspartei und in der Repräsentanz der Hauptstadt gehört er als Präsident des Demokratenklubs im VII. Bezirk der Demokratenpartei des Herrn Vázsonyi an. Vom „Magyarorßág", dem Organ der klerikalen Nationalisten ist es bekannt, daß die Redaktion am Tage der Regierungsübernahme des Kabinets Khuen-Hédervåry zwei Ausgaben drucken ließ: eines mit regierungsfreundlichem und eines mit regierungsfeindlichem Inhalt. Nachdem man sich der Regierung vergeblich angeboten hat, erschien die regierungsfeindliche Nummer.

Das Versammlungsrecht.

Das Versammlungsrecht in Ungarn ist überhaupt nicht kodifizirt. Das bedeutet aber nicht, wie in England und in den skandinavischen Staaten, daß es ein selbstverständliches Recht der Staatsbürger ist, sondern, daß es dem Belieben der Verwaltungsbehörden anheimgegeben ist, Versammlungen zu verbieten oder zu erlauben. Bezüglich des Versammlungsrechts existiren wohl eine Reihe von Ministerialverordnungen, die das Abhalten von Versammlungen an die Anmeldepflicht binden, den Behörden jedoch kein Verbietungsrecht einräumen, sondern ihnen blos die Veranlassung von Präventivmaßregeln anordnen. Außer-

dem wurde in einer Ministerialverordnung ausdrücklich ausgesprochen, daß Versammlungen auf Grund bloßer Annahmen und Vermuthungen nicht verboten werden dürfen und daß die Redner nicht vorher bei der Behörde angemeldet werden müssen. Die Polizeibehörden und die Stuhlrichter kehren sich jedoch nicht im Geringsten um die Verordnungen des Ministers des Innern, sondern thun was ihnen beliebt. Zum Beweise führen wir hier eine Reihe Begründungen von Versammlungsverboten an: Der Polizeihauptmann von Neusatz verbietet eine Versammlung mit der Tagesordnun „Zweck und Nutzen der Organisation", weil „die fortwährende Organisirung weder zweckmäßig, noch nothwendig und in diesem Fall auch unbegründet ist". — Der Stuhlrichter von Dunavecse verbietet eine Wahlrechtsversammlung mit der Begründung: „daß die Bewilligung einer Versammlung bedingungslos verweigert werden muß, in der die notorischen Feinde von Staat und Gesellschaft, die internationalen Sozialdemokraten als Redner funktioniren." — Der Debreczener Oberstuhlrichter verbietet eine Wahlrechtsversammlung, „weil die Einberufer eine Bewegung einleiteten, die ein vollständig sozialistisches Gepräge hat und die Behörde keine Gelegenheit zur Verbreitung von Irrlehren bieten kann." — Der Oberstuhlrichter in Csene verbietet eine Organisationsversammlung, weil „die Redner voraussichtlich die friedlich gesinnte Bauern- und Arbeiterklasse mit den aus der Fremde hieher verpflanzten und auf unsere Verhältnisse gar nicht passenden Ideen und Irrlehren stören würden". — Der Oberstuhlrichter des O-Kérer Bezirks verbietet eine Wahlrechtsversammlung, „weil die Organisirung und die fortwährende Besprechung des Wahlrechtes eine Störung der Ruhe und des Friedens der Bevölkerung verursachen würde und so auch die öffentliche Ordnung und die öffentliche Sicherheit gefährdet wird". — Der Oberstadthauptman von Makó verbietet eine Versammlung „mit Rücksicht auf den bedauerlichen Umstand, daß ein Theil der Arbeiterklasse unter Verkennung seiner Interessen Prinzipien vertritt, die dessen materiellen Ruin hervorrufen können und mit Rücksicht auf den betrübend schwachen Stand der landwirthschaftlichen Produkte, wel-

cher Umstand es den Behörden zur doppelten Pflicht macht, die Ruhe der Arbeiterklasse zu bewahren". — In Szegzárd verbietet der Oberstuhlrichter eine Versammlung, „weil die Anmelder gestreikt haben". — In Szabadka verbietet der Polizeihauptmann die Versammlung der Schuhmacherarbeiter, „weil zur Zeit die Erntearbeiten im Gange sind". — Der Oberstuhlrichter von Sárrét untersagt die Abhaltung der angemeldeten Versammlungen, weil „die Anmelder unter der Vorspiegelung einer Volksversammlung nur die Aufreizung der sonst ruhigen Arbeiterklasse planen." — Der Polizeihauptmann von Jászberény verbitet, die angemeldete Volksversammlung, „weil die Anmelder Handwerker sind, also im Namen des Volkes nichts anmelden können". — Der Oberstuhlrichter von Reschitza verbietet die angemeldete Volksversammlung und erklärt zugleich im Bescheid „die anzumeldenden Versammlungen so lange zu verbieten, bis sich die Behörde überzeugt, daß der Einfluß Derjenigen, die eine Störung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit anstreben, aufgehört hat." Der Stuhlrichter des Rajkaer Bezirkes verbietet eine Arbeiterversammlung, die für Sonntag angemeldet wurde, „weil die Verwaltungsbeamten die Sonntagsruhe einhalten müssen." — Der Polizeihauptmann von Baja verbietet eine Versammlung, „weil die auf der Tagesordnung stehenden Punkte in Baja bereits einmal in einer Versammlung besprochen wurden."

Die Appellationen gegen diese Bescheide haben gar keinen Zweck, denn abgesehen davon, daß die vorgesetzten Instanzen — der Vizegespan des Komitats, der von den größten Steuerzahlern im Komitat gewählt wird und der Minister des Innern — die Bescheide regelmäßig bestätigen, dauert der Vorgang gewöhnlich länger als ein Jahr, so daß selbst eine eventuelle Korrektur illusorisch wird, und die Stuhlrichter sich um die ministeriellen Entscheide überhaupt gar nicht kümmern.

Das Vereinsrecht.

Auch das Vereinsrecht ist in Ungarn noch nicht kodi-

fizirt und die Genehmigung von Vereinsstatuten ist ein diskretionäres Recht des Ministers des Innern. Während den besitzenden Klassen das Vereinsrecht unbeschränkt zur Verfügung steht, ja die Unternehmer gesetzlich zur Organisation und zur korporativen Vertretung ihrer Interessen gezwungen sind, indem sie Mitglieder der Gewerbekorporationen, respektive der Handels- und Gewerbekammern sein müssen und ihre rückständigen Beiträge eventuell im Exekutionswege eingetrieben werden, ist es den Arbeitern beinahe unmöglich gemacht, sich zur Vertheidigung, respektive Erkämpfung ihrer wirthschaftlichen und politischen Rechte zu koaliren.

Das Ministerium des Innern bestätigt wohl manchmal Statuten von Arbeitervereinen, aber nur solche, die nach amtlicher Schablone verfaßt sind. Daß die Politik aus Arbeitervereinen streng verbannt ist, kann ja noch als kleineres Uebel gelten, aber auch die energische Vertheidigung wirthschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder ist ihnen fast unmöglich gemacht. Die Gewerkschaften dürfen an streikende Mitglieder keine Unterstützungen zahlen, sich mit anderen Vereinen nicht kartelliren, bei Differenzen ihrer Mitglieder mit den Arbeitgebern für die Interessen der Ersteren nicht eintreten usw. Wenn auch den industriellen Arbeitern Fachvereine mit kastrirten Statuten genehmigt werden, so können politische Vereine von Arbeitern überhaupt nicht gegründet werden. Bildungsvereine werden in der Provinz nur in den seltensten Fällen bewilligt, während den Feldarbeitern überhaupt keine Vereine bewilligt werden. Vom Ministerium des Innern werden die eingereichten Statuten zumeist mit folgender Schablone ungenehmigt zurückgesendet: „Die Statuten waren nicht zu genehmigen, weil die Einreicher zweifellos ganz andere, als in den Statuten umschriebene Zwecke verfolgen.“ Und dagegen gibt es keine Appellation. Oft wird die Gründung von Arbeitervereinen schon im Keime erstickt, wie das der Salgótarjáner Oberstuhlrichter in seinem Bescheid macht. Die dortigen Schneidergehilfen melden eine Versammlung an, in der die Konstituirung ihres Fachvereins beschlossen werden sollte. Die Versammlung wird verboten, „weil die Anmelder nicht Schneidermeister, son-

dern Schneidergehilfen sind, die keinen ständigen Wohnsitz haben, also es auch keinen Zweck hat, daß sie einen Verein gründen.“ Der Fortbestand bereits bewilligter Vereine ist auch immer schwer gefährdet. Das Vorgehen irgend eines Mitglieds wird häufig zum Vorwand der Auflösung der Arbeitervereine benützt. So wurde zum Beispiel der Fachverein der Arader Eisen- und Metallarbeiter aufgelöst, weil dessen II. Obmann ein konfiszirtes Flugblatt verfaßte, dessen Manuskript auf das Briefpapier des Vereins geschrieben war. Der Fachverein der Békés-Gyulaer Bauarbeiter und die der Stuhlweißenburger Zimmerer wurden aufgelöst, weil die Leiter an der Spitze einer Streikbewegung standen. Ebensowenig werden den Nationalitäten Vereinsstatuten bewilligt. Nach den Ergebnissen der Volkszählung im Jahre 1900 gab es wohl in Ungarn bei einer Einwohnerzahl von 19,254.559 nur 8,742.301 Magyaren und 2,799.479 Rumänen, 2,135.181 Deutsche, 2,019.641 Slovaken, 1,678.569 Kroaten, 1,052.180 Serben, 429.447 Ruthenen und 397.761 Anderssprachige und doch werden die Statuten der Bildungsvereine der Nationalitäten nicht genehmigt, „weil ein Bildungsverein mit Nationalitäten-Charakter nicht gegründet werden darf“ — wie es im Bescheid an die Einreicher von Statuten des Bildungsvereins slovakisch sprechender Arbeiter in Budapest lautet.

Die Agitationsfreiheit.

Nach dem bereits Mitgetheilten ist es wohl Jedem klar, daß von einer Agitationsfreiheit in Ungarn kaum gesprochen werden kann. Aber nicht nur das bereits Mitgetheilte bildet ein Hinderniß der Agitation. Da sind z. B. zwei Verordnungen aus dem Jahre 1898, erlassen von dem damaligen Minister Perczel. Nach der ersten können in Versammlungen nur am Abhaltungsorte der Versammlung Ansässige referiren und theilnehmen. Zur Ermöglichung der Durchführung dieser Verordnung wurden alle in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung des Landes thätigen Genossen von der Polizei ihres Aufenthaltsortes zwangsweise photographirt und die Photographien

allen Polizeibehörden und Gendarmen-Kommanden zugesendet. Die zweite Verordnung verfügt, daß Sammlungen zu politischen, gewerkschaftlichen, oder Streikzwecken nur mit Erlaubniß der zuständigen Behörden gestattet sind. Die Erlaubniß wird natürlich immer verweigert. Die Sammler werden empfindlich bestraft und das gesammelte Geld — wenn es erwischt wird — konfiszirt. Bei Sammlungen, deren Verbot unangenehm auffallen würde, wird einfach gar kein Bescheid herausgegeben. So geschah es, als unsere Pariser Parteigenossen sich auch an uns wandten, für ein Grabdenkmal Leo Frankl's zu sammeln. Wir reichten um Bewilligung der Sammlungen ein, doch erhielten wir trotz zahlreicher Urgenzen keinen Bescheid. Nach zwei Jahren fiel es einem Abgeordneten ein, den damaligen Minister des Innern, Koloman Széll, über diese Sache zu interpelliren. Széll erklärte einfach, er habe die Sammlung nicht verboten, sondern nur die Erledigung liegen lassen. Beide Verordnungen sind auch heute noch in Kraft, wenn auch die erste nur mehr vereinzelt angewendet wird. Sicher aber machen sie mit den anderen behördlichen Chikanen die Agitation zu einer unendlich mühseligen und opfervollen.

Auch die Handhabung des Gesetzes über die Zuständigkeit wird zu einer Geißel der Agitationsfreiheit. Tritt irgendwo irgend ein Genosse agitatorisch auf, flugs ist die Polizeibehörde da, die den agitirenden Genossen — wenn er auch ständig in Arbeit steht und eine angemeldete Wohnung hat — wenn er nicht am Orte zuständig ist, verhaftet und als lästiger Ruhestörer ohne jede Weiterung ausweist und ihm so die Existenz vernichtet. Oft werden solche Ausweisungen und Schubirungen auf Wunsch der an ihrem Profit angegriffenen Arbeitgeber vollzogen, wie das z. B. ein Ausweisungsbefehl des Békés-Gyulaer Polizeihauptmanns beweist, der ganz offen die Ausweisung mit dem diesbezüglichen Wunsch namentlich aufgeführter Arbeitgeber begründete.

Daß die verschiedenen Behörden gegen Streikende in der rücksichtslosesten Weise vorgehen, ist nur natürlich. Der G.-A. II. v. J. 1898 bestimmt, daß streikende Feldarbeiter mit einer sofort zu vollziehenden Gefängnißstrafe von

30 Tagen zu belegen sind. Jene, die als Leiter der Streikbewegung fungieren, sind auf 60 Tage ins Gefängniß zu sperren. Die Verurtheilungen erfolgen durch die Verwaltungsbehörden. Nicht viel besser ergeht es den gewerblichen Arbeitern in der Provinz.

Trotz allen diesen Verfolgungen aber wird sowohl die politische Parteibewegung, als auch die gewerkschaftliche Bewegung immer stärker, so daß die aufgezählten Mittel unseren Gegnern nicht mehr genügen. Im abgelaufenen Jahre haben ungefähr 30.000 Arbeiter an Streikbewegungen theilgenommen und mit ganz wenigen Ausnahmen nennenswerthe Erfolge erzielt. Diese Thatsache nun hat die Wuth der Ausbeuter und ihrer dienstbaren Geister, die Behörden, bis zur Siedehitze gesteigert und nun suchen sie die wahnsinnigsten Aktionen gegen die sich organisirenden Arbeiter in Szene zu setzen.

Der landwirthschaftliche Verein des Arader Komitats, die Organisation der Großbesitzer, beschloß im Mai 1904 an die Regierung die Forderung zu stellen, sie möge „1. die Aufreizung in Wort und Schrift um jeden Preis verhindern; 2. das Verbot der Sozialisten-Versammlungen ein für allemal aussprechen; 3. möge sie die streikenden Schnitter bestrafen und zwar in folgender Weise: damit die Grundbesitzer in Folge eines Streiks nicht gezwungen sein sollen, die Forderungen zu bewilligen, soll gegen die Kontraktbrüchigen sofort mit einer Strenge vorgegangen werden, die als abschreckendes Beispiel wirkt."

In derselben Sitzung ergriff auch der Vizegespan des Komitats — also der Chef der öffentlichen Verwaltung — das Wort und empfahl, „wenn sich die Verhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern derart zuspitzen sollten, daß die Einmengung der Verwaltungsbehörden nothwendig wird, so sollen diese nicht auf einen Vergleich hinwirken, sondern sich auf die strengste Bestrafung im Sinne des G.-A. II. v. J. 1898 beschränken".

Anfangs Juni 1904 reichte das Präsidium des Ungarländischen Verbandes der Eisenwerke und Maschinenfabriken ein Memorandum an den Handelsministerium, dessen entscheidende Stellen in wortgetreuer Uebersetzung aus dem Ungarischen folgendermaßen lauten:

„Daß die Regelung des Verhältnisses zwischen den Gewerbetreibenden und den friedlichen Arbeitern vollkommen gesichert sei, sind zwei wichtige Maßregeln nothwendig. Davon ist eine die Unschädlichmachung der Aufwiegler, denn diese sind es, welche den Frieden der Arbeiter in den Fabriken stören, sie zu Gewaltthaten aneifern und wenn die Arbeiter in Gefahr kommen, sie in gewissenloser Weise im Stiche lassen, dabei wahre Wühlarbeit verrichten und bezahlte Emissäre (Agenten) der Fachvereine sind.

Daher ist es nothwendig, daß die in Fabriken bekannten und durch die Fabrikanten zu bezeichnenden nicht ungarischen staatsangehörigen Aufwiegler aus Ungarn und die nicht nach Budapest Zuständigen aus Budapest ausgewiesen und nach ihrem Zuständigkeitsort abschubirt werden, jene aber, welche sich etwa die Zuständigkeit in der Hauptstadt erworben haben und durch die Fabriksdirektion bei einer Aufreizung ertappt werden, auf Anzeige der Fabrik, unter Vermeidung aller erschwerenden Formalitäten, auf persönliche Verantwortung des betreffenden Fabrikseigenthümers oder Direktors polizeilich verhaftet und gegen dieselben das Strafverfahren eingeleitet wird. Nachdem die Erfahrungen der letzten Zeit erwiesen haben, daß kein Streik ist, wenn es kein Streiklager gibt, in welchem die Streikenden auch unter Anwendung von Gewaltmaßregeln zusammengehalten werden — so wären Streiklager auf dem Gebiete der Haupt- und Residenzstadt nicht zu dulden.

Was jedoch die obenerwähnte zweite Maßregel betrifft, so ist es die Eindämmung der durch die Presse, und zwar hauptsächlich durch die Arbeiterblätter betriebenen Wühlereien und Hetzereien. In dieser Beziehung sind die Gewerbetreibenden gänzlich schutzlos. Die gewissenlosen Führer können nicht nur in deren Ehre herumwaten, sondern auf diesem Wege die Arbeiter ungestraft verhetzen. Ja, mit Schmerz muß es konstatirt werden, daß sich auch außer den Arbeiterblättern Zeitungen finden, welche diesen aufrührerischen Berichten Raum geben ohne sich darum zu kömmern, welch unersetzlichen Schaden sie dadurch der Industrie des Landes verursachen — sie sind nur auf ihre eigenen materiellen Vortheile bedacht.

Nach all diesem wird die Frage nur auf die Weise vollkommen gelöst, wenn für die auf diesem Gebiete begangenen Vergehen die Zeitungen nicht auf Grund das Preßgesetzes zur Verantwortung gezogen werden, sondern, wenn die Verurtheilung dieser Vergehen den ordentlichen Gerichten zugewiesen wird."

Der letzte Satz bezieht sich auf das Schwurgerichts-Verfahren. Die ungarischen Scharfmacher fordern, daß die Preßdelikte der Aufreizung der Kompetenz der Schwurgerichte entzogen und den Berufsrichtern zugewiesen werden sollen, trotzdem es in Ungarn ein äußerst seltener Fall ist, daß sozialistische Angeklagte vom bürgerlichen Schwurgericht freigesprochen werden.

Daß der Verband der Eisenwerke und Maschinenfabriken die Hetze gegen die Arbeiter systematisch betreibt, beweisen folgende zwei Protokollsauszüge ihrer Vorstandssitzungen: Aus dem Protokoll vom 22. April 1904, Zahl 229/904:

„Den am 25. März unter Zahl 150 gefaßten Beschluß, daß in Anbetracht, der sich immer mehr vermehrenden Streiks, eine Deputation bei den Herren Ministern des Innern und des Handels vorstellig werden soll, um gegen die Hetzer die Anwandung strengerer Maßregel zu verlangen, konnte wegen dem inzwischen ausgebrochenen Eisenbahnerstreik nicht ausgeführt werden. Wird beschlossen, an die Herren Minister des Handels und der Justiz Memoranden einzureichen, in welchen auf das faule Vorgehen der Gerichte den Hetzern gegenüber und auf die Unhaltbarkeit der dadurch entstandenen Lage hingewiesen und ein rigoroses Vorgehen gegen dieselben verlangt wird." — Aus dem Protokoll vom 20. Mai 1904, Zahl 297/1904: „Der Herr Direktor Köhler berichtet, daß seine Dreher die Arbeit eingestellt haben, weil ihnen die Rückzahlung der Krankenkassengelder verweigert wurde. Es wird beschlossen, die Namen der Arbeiter den Fabriken bekannt zu geben. Das Exekutivkomité für Arbeiterangelegenheiten wird angewiesen, die Hetzer ausfindig zu machen, um dieselben gänzlich aussperren zu können."

Ein beinahe gleichlautendes Memorandum reichte auch der Landesverein der Baumeister an den Handelsminister.

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer nahm Anfangs Juli folgenden Antrag ihres Vizepräsidenten einstimmig an:

„Die Regierung ist im Wege einer Eingabe zu ersuchen, daß sie ihre auf Grund der bestehenden Gesetze zulässigen Maßregeln mit der größten Strenge treffe, weiters, daß sie sich durch den Schutz der Arbeitswilligen mit aller ihr zur Verfügung stehenden Macht in den Dienst der Interessen der nationalen Arbeit stelle; den Vereinigungs- und Streikzwang verhindere; unverzüglich den Streikparagraphen beim Arbeitsvermittlungsamt annullire; kein Streiklager dulde; auf die durch die streikenden Arbeiter gefährdeten Arbeitsplätze unentgeltliche bewaffnete Macht zur Verfügung stelle zum Schutze der Unternehmer und ihrer Arbeiter; eine strenge Aufsicht über das Wirken der Fachvereine und ihrer Geldgebahrung übe, und schließlich verhindere sie mit allen Mitteln, daß die berufsmäßigen Hetzer über die Arbeitgeber eine Diktatur üben."

Diesen von verschiedenen Seiten ihrer Auftraggeber kommenden Anbohrungen konnte die ungarische Regierung natürlich nicht widerstehen und Ministerpräsident Graf Stefan Tißa erklärte in der Generaldebatte zum Staatsbudget bereits am 30. Juni 190: „Die Regierung hat eine entsprechende Revision gewisser Paragraphe des Strafgesetzbuches dahin in Aussicht genommen, daß sich die Verschärfungen gegen die Wühlereien wider Staat und Gesellschaft richten sollen." . . . „Ich glaube, die ungarische Regierung war unter sämmtlichen Regierungen der europäischen Staaten gegen die Wühlarbeit der Sozialisten, dieser Feinde des Staates und der Gesellschaft am wenigsten vorbereitet und am wenigsten geschützt, um solche Wühlereien bestrafen zu können. Da muß Abhilfe geschaffen werden. Der ungarische Staat muß auf dem Gebiete der Staatspolizei eine viel intensivere Thätigkeit entfalten."

Bezüglich des letzten Satzes muß bemerkt werden, daß in Ungarn der ganze Komplex der Arbeiterfrage in den Wirkungskreis der Staatspolizei gehört und der Chef der Budapester Staatspolizei alljährlich einen Bericht über die Arbeiterbewegung herausgibt.

Der Ankündigung des Ministerpräsidenten folgte bald

die Mittheilung, was die Regierung zu thun gedenkt. Eine Budapester Zeitung, die nach Obenhin gute Verbindungen hat, faßt die Pläne der Regierung in folgende drei Punkte:

„1. Die Führung einer regelrechten Streikstatistik, um die auftauchenden Ansprüche, Forderungen und Klagen kennen zu lernen.

2. Die Ausbreitung des Wirkungskreises der Gewerbe-Inspektoren in der Richtung, daß sie in Streikangelegenheiten unmittelbar vorgehen können und daß sie nach erfolgtem Schiedsgerichtsverfahren gegenüber den Hetzern die gesetzlichen Mittel mit der nöthigen Wirkung anwenden können.

3. Die Maßregelung der Arbeiterorganisationen, im Nothfall deren Auflösung. Die Verhinderung der auf Umwegen eingehobener und zur bestimmten Verrechnung nicht gelangender Einzahlungen und Entfernung der auf Kosten der Arbeiter sich mästender arbeitscheuen Elemente."

Auch die Hauptstadt Budapest wollte hinter der Regierung nicht zurückbleiben und erklärte den Streik bei von ihr vergebenen Arbeiten als vis major.

Mit alldem ist aber die Liste der Attentate gegen die Arbeiterbewegung nicht erschöpft. Die Regierung Ungarns scheute sich nicht, selbst die Justiz gegen den Emanzipationskampf der Arbeiter scharf zu machen. Es ist uns gelungen, folgenden Geheimerlaß des Präsidenten der Szegediner königlichen Gerichtstafel in die Hände zu bekommen:

341—904 Pr.-Nr.

Gemäß der Verordnung des Herrn Justizministers unter Zahl 3281—III. J.-M. vom 29. Januar d. J. verständigte ihn der Herr Minister des Innern, das in den südlichen Theilen des Landes infolge Aufreizungen theils sozialistischer, theils nationalistischer Tendenz nicht nur der Friede und die Ruhe des Volkes gestört, sondern auch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist, zu deren Aufrechterhaltung der Minister des Innern wohl alle denkbaren Präventivmaßregel bereits getroffen hat; — laut den Klagen der Verwaltungsbehörden jedoch h a l t e n d i e J u s t i z b e h ö r d e n a n m e h r e r e n O r t e n d i e w i c h t i g e n S t a a t s i n t e r e s s e n n i c h t g e n ü g e n d v o r A u g e n, u n t e r-

stützen nicht genügend die Polizeibehörden, ja verfahren in den bei ihnen angezeigten Fällen säumig und flau.

Ich fordere den Herrn Präsidenten auf, die in der Verständigung des Herrn Ministers des Innern erwähnten Zustände den Leitern der unter Ihrer Aufsicht stehenden Bezirksgerichte vertraulich mitzutheilen und sie aufzufordern, in Fällen von Unruhen und Aufreizungen aus öffentlichem Staatsinteresse nicht nur außertourlich, sondern mit möglichster Raschheit vorzugehen.

Die Wirkungen dieser Verordnung zeigten sich alsbald. Genosse Gabriel Zsivanovits, der in Versammlungen Forderungen nach gewählten Richtern, nach Aufhebung der stehenden Armee, nach Steuerfreiheit des Existenzminimums erhob, wurde wegen Aufreizung gegen gesetzliche Einrichtungen in Fehértemplom prozessirt und trotzdem er noch nicht vorbestraft war, zu anderthalb Jahren Staatsgefängniß verurtheilt. In Zombor wurden eine Reihe von Genossen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt, weil sie der Aufforderung der Gendarmen, ihr eigenes Vereinslokal zu verlassen, nicht sofort entsprochen haben. Die Hauptangeklagten, die Genossen Emerich Szabo und Markó Milos wurden zu zwei Jahren sechs Monaten, respektive zu zwei Jahren und einem Monat Zuchthaus verurtheilt.

*

Und die ungarische Volksvertretung? Gegenwärtig wird das Staatsbudget durchberathen. Es fand sich kein einziger Abgeordneter, der alle die von Behörden und Korporationen begangenen Schändlichkeiten eines einzigen Wortes gewürdigt hätte. Weder in der Generaldebatte, noch in der Spezialdebatte über die Voranschläge der Ministerien des Innern, des Handels und der Justiz kamen die in Ungarn herrschenden und hier skizzirten Zustände zur Sprache. Das ganze Budget des Ministers des Innern beanspruchte eine Verhandlungsdauer von einer einzigen Sitzung des Abgeordnetenhauses und ebenso viel erforderte das Budget des Handelsministers. Bezüglich des oben mitgetheilten Geheimerlasses des Präsidenten der Szegediner königl. Gerichtstafel muß ein ganzes Komplot für die

Todtschweigung desselben bestehen. Unsere Partei hat nichts unversucht gelassen, um die bezüglichen amtlichen Stellen in dieser Angelegenheit zum Reden zu zwingen — Alles vergeblich. Weder im Parlament, noch in der Tagespresse verlautet Etwas über den Erlaß, obwohl die Authentizität desselben gar nicht angezweifelt wird. Als weder scharfe Artikel der Arbeiterpresse, noch Plakate an den Straßenecken, weder empörte Versammlungsreden, noch Flugblätter diesen Zweck erreichten, wurde eine überaus scharf gehaltene Proklamation an die Abgeordneten hergestellt und diese in einigen Hundert Exemplaren vor Beginn der Berathung des Justizbudgets von der Galerie des Abgeordnetenhauses in den Berathungssaal unter die Abgeordneten geschleudert. Auch dieser Schritt blieb ohne den gewünschten Erfolg. Es fand sich Niemand, der die Angelegenheit aufgegriffen hätte! Die einzige Folge war, daß die beiden Genossen, welche die Proklamationen hinunterschleuderten, auf Befehl des Ministers des Innern für immer aus Budapest ausgewiesen und abschubirt wurden, trotzdem sie ständige Arbeit und Wohnung hatten, die Maßregel also gesetzlich ganz unhaltbar ist.

*

Wir glauben, eine Kommentirung all dieser Scheußlichkeiten füglich unterlassen zu können. Unsere Genossen in den ausländischen Parteizeitungen können diese Thatsachen gewiß voll würdigen und wir hoffen keine Fehlbitte zu thun, wenn wir erwarten, daß diese asiatischen Zustände in Mitten Europas, in der Parteipresse des Auslands bald einer entsprechenden Beleuchtung unterzogen wird.

Budapest, im Juli 1904.



